

VORAN

Inhalt

Drogen
Seite 5

Lage der
Weltwirtschaft
Seite 8

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 122 - September 1990

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Deutschland wohin?

„Wir schlittern dem totalen Notstand entgegen“, so ein Arbeiter aus der DDR. Die Währungsunion hat der DDR-Wirtschaft den Todesstoß gegeben, statt sie zu retten und harmonisch zu entwickeln. Für viele DDR-Bürger ist die Katastrophe jetzt schon da. Die Unsicherheit wird auch in der BRD größer.

Zwei Monate nach Einführung der DM stehen bereits über 1 Million Arbeitslose und sogenannte „Kurzarbeiter“ (in Wirklichkeit auch arbeitslos) auf der Straße. Viele Betriebe stehen vor dem Konkurs. Ohne die Arbeiter zu berücksichtigen, sagte FDP-Chef Lambsdorff, daß man „ohne Zimperlichkeit“ die maroden Betriebe dichtmachen solle. Die Schätzungen, wieviele Arbeitsplätze in der Industrie verloren gehen werden, gehen von 30% bis 80%. Selbst 50% der 150.000 Handwerksbetriebe stehen vor dem Konkurs. Der versprochene Boom bei solchen kleinen und mittleren Betrieben, der 500.000 Arbeitern einen Arbeitsplatz hätte geben sollen, ist und war eine hohle Phrase. Statt

dem Boom stehen den Arbeitern Entlassungen bevor.

Die Verantwortlichen und die Schuldigen für das Chaos in der DDR sind die CDU und die Regierung, die die Marionetten der Banken und Unternehmer sind.

Keiner kann mehr leugnen, daß uns Steuererhöhungen bevorstehen. Finanzminister Waigel möchte den Haushaltsplan erst nach der Wahl vorlegen, weil er ganz genau weiß, daß er, wenn er von Steuererhöhungen spricht, Wähler abschrecken würde. Wer die Einheit bezahlen soll, sind wiederum wir, die BRD- und DDR-Bürger.

Nachdem die DDR-Bevölkerung den Stalinismus abschaffte und die Mauer

niederriß, entwickelte der Großteil Hoffnungen in die Einführung der Marktwirtschaft und in die deutsche Einheit. Die Stimmung ist heute bei weitem nicht mehr so euphorisch. Jetzt wissen die Kollegen, daß sie unter der „sozialen“ Marktwirtschaft zu leiden haben.

Daß der Kapitalismus für die DDR wachsende Armut bedeutet, spüren auch die Bauern am eigenen Leibe. 250.000 von ihnen demonstrierten am 15. August 1990 gegen die schlechten Verhältnisse und gegen „ihre“ Regierung. Es wird nicht bei dieser Großdemonstration bleiben. Die Massenprotestaktionen fangen jetzt erst an, denn ein Arbeiter kann nicht ständig mit der

Gefahr leben, jeden Moment seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Der Kohl-Regierung geht es in der Frage der Einheit nicht um das Schicksal der Bevölkerung hüben wie drüben, sondern nur um ihr eigenes. Es geht ihr darum, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Da ist CDU und FDP das Schicksal von Millionen Arbeitern, Frauen und Jugendlichen gleichgültig.

Besonders zynisch ist der Umgang mit den Rechten der Frauen in der Frage des 218. Statt diesen Paragraphen abzuschaffen, möchte die Regierung ihn in Ost und West einführen. Es ist eine Verhöhnung der Frauen in Ost und West, wenn im geeinten Deutschland in einem Übergang verschiedenes Recht

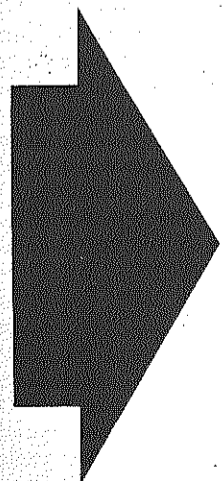
gelten soll. Dem muß Widerstand entgegengesetzt werden. Unsere Forderung ist die Abschaffung des 218.

Die Arbeiter aus Ost und West haben die gleichen Interessen: Unseren Lebensstandard müssen wir verteidigen und ausbauen. Deshalb wehren wir uns gemeinsam gegen die Kohl-Regierung. Die SPD hat oft auf die katastrophalen Folgen der CDU/FDP-Politik hingewiesen. Jedoch muß sie der Kohl-Regierung auch eine klare Alternative entgegensetzen.

D. Zafer und Bruno Hof, Köln

Zur Deutschland-Politik der SPD siehe auch Seite 3.

mit Kohl und Kapital ins Chaos SPD muß Alternativen aufzeigen



Zur Situation
im Nahen Osten

Was wollen die USA am Golf?

„Demokratie“ oder billiges Öl?

Hintergründe zum Konflikt siehe auf Seiten 6 und 7



VORAN-Interview mit

Ibrahim Böhme

„Ich glaube, eine Partei, die für den demokratischen Sozialismus steht und dies nur aus wahl-taktischen Gründen und aus falscher Scham verschweigt, wird am Ende auch keine Politik des demokratischen Sozialismus in der Regierungsverantwortung betreiben können.“

Siehe dazu auf Seite 2.

Aktuelles

Interview mit Ibrahim Böhme

„Ich stehe für den demokratischen Sozialismus“

Ibrahim Böhme, ehemaliger Vorsitzender der DDR-SPD, gilt als linker Kritiker an der Politik der engen Zusammenarbeit mit den Konservativen. Im August verließ er aus Protest mit vier anderen sogar die Volkskammerfraktion der SPD. VORAN-Redakteurin Angela Bankert sprach mit ihm während einer Veranstaltung in Köln am 28. Juli.

VORAN: Ibrahim, als was möchtest Du lieber angesprochen werden, als Parteifreund oder als Genosse?

Antwort: Die Anreden „Du“, „Genossin“ und „Genosse“ sind sozialdemokratische Anreden. Eigentlich sprechen sich Sozialdemokraten und Sozialisten in Deutschland zumindest seit dem Sozialistengesetz prinzipiell mit Genosse oder Genossin an. Und da ich ja bis zur Wende auch unter Bedingungen des Sozialistengesetzes gearbeitet habe - in der DDR erst recht!

Du hast dich mal als Marxist in der SPD bezeichnet und in der Diskussion die Traditionen von Bebel, Liebknecht usw. aufgegriffen. Das sind eben auch Traditionen der Partei. Wie siehst du generell das Verhältnis Marxismus zur Sozialdemokratie?

Ich habe mich so bezeichnet, ich bin auch in der Bürgerbewegung als alternativer Marxist bekannt. Ich halte es mit den Worten von Kurt Schumacher, der 1947 erklärte, daß zu den Traditionslinien der Sozialdemokratie die Demokratie, die christliche Ethik und der Marxismus, vor allem mit seinen sozialen Komponenten, zählen. Bis zur Wende wurde in der DDR der Begriff „Marxismus“ schwer diskreditiert. Viele Marxisten sehen sich im Moment in der Öffentlichkeit nicht gerne als solche benannt. Der Marxismus hat gerade im sozialen Bereich soviel bewegt, daß es auch unlauter wäre, ihn einfach unterzubewerten. Ich glaube aber, daß sich

da in nächster Zeit einiges wieder fangen wird.

Es kommt natürlich auch darauf an, ob man es als Dogmensammlung versteht oder als Methode der Herangehensweise. Wer als Wissenschaftler meint, ohne die Marx'sche Erkenntnistheorie auszukommen, kann kein Wissenschaftler sein.

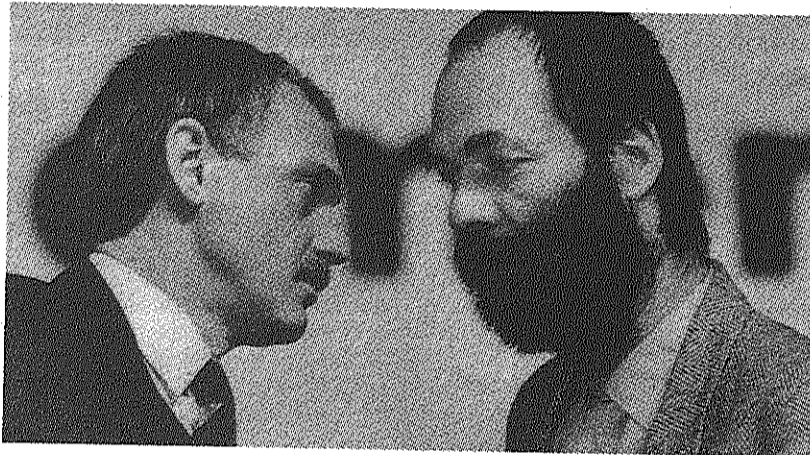
Man hat momentan den Eindruck, daß man sich nicht mal mehr traut, in der Ost-SPD, aber in der West-SPD eigentlich auch nicht, sozialistische Ziele zu formulieren oder überhaupt das Wort Sozialismus noch zu benutzen.

Nein, das stimmt nicht. Wenn Du das Programm des Wahlparteitages der SPD vom 19. bis 21. Dezember 1989 in Berlin vornimmst, da spielt der demokratische Sozialismus eine sehr große Rolle. Ich stehe für diesen demokratischen Sozialismus auf der Grundlage einer parlamentarischen Demokratie, in der sich die sozialdemokratischen Marxismus- oder die sozialdemokratischen Sozialismusmodelle der Konkurrenz anderer demokratischer Programme stellen müssen. Im übrigen ist der demokratische Sozialismus eine der Grundvoraussetzungen, Mitglied der sozialistischen Internationale (SI) zu werden. Wir sind ja immerhin in einem Beobachter- und demnächst in einem Gaststatus der SI.

Im kommenden Wahlkampf wird die CDU wie auch beim Volkskammerwahl-

kampf Freiheit und Sozialismus gegenüberstellen. Was würdest du der Partei raten, wie sie darauf reagieren soll?

Es waren die Sozialisten der Sozialdemokratie, die von Anfang an des Bestehens ihrer Organisationsformen in Deutschland, also 1863 Lassalleaner, 1869 Bebel, Liebknecht, die Eisenacher, mit dem Begriff Sozialismus, Freiheit der Person, Freiheit in der Gesellschaft und Frieden verbunden haben. Das zum ersten. Man kann solchen Formulierungen, „Freiheit oder Sozialismus“ nur argumentativ begegnen. Und im



Ibrahim Böhme kritisierte in den letzten Monaten Meckels Politik, der von der Führung der West-SPD unterstützt wurde.

übrigen hat die christdemokratische Union nach 1945, als sie sich den ersten Wahlen stellte, auch den Sozialismus propagiert.

Unsere Ziele nicht verschweigen!

Ich glaube, eine Partei, die für demokratischen Sozialismus steht und dies nur aus wahltaktischen Gründen und aus falscher Scham verschweigt, wird am Ende auch keine Politik des demokratischen Sozialismus in der Regierungsverantwortung betreiben können. Du bist generell gegen die große Koali-

tion in der DDR aufgetreten...

Es ist allgemein bekannt, daß ich von Anfang an gegen diese Koalition bin. Ich habe aber am 5. Februar vor der Volksbühne in Berlin eindeutig erklärt, daß ich zur Lösung der großen Probleme, die in der DDR parallel zueinander bewältigt werden müssen, für eine große Koalition bin. Ich war aber gegen den Beitritt der DSU, ich war für eine Beteiligung aller demokratischen Parteien und vor allem der Vertreter des Bündnis '90. Ich halte es für erforderlich, daß die SPD die Koalitionsfrage an inhaltlichen sozialen Problemen stelle, also beispielsweise die Problematik Grund und Boden, Schutz der Ergebnisse der Bodenreform von 1945-49, ohne die auch da bereits geschehenen Fälle von Unrecht unter den Teppich kehren oder verdrängen zu wollen. Ich halte für erforderlich, daß die Mindestrente, kein Mindesteinkommen, sondern die Mindestrente festgeschrieben werden muß und viele andere Dinge: Schutzregeln für die Kultur der DDR, Schutzregelungen für DDR-Erzeugnis-

glaube, daß bestimmte Bereiche der Energiewirtschaft und des Verkehrs, bestimmte Bereiche der Infrastruktur, bestimmte Bereiche der Schlüsselindustrie in Rahmenbedingungen gestellt werden, die im Grunde genommen die soziale Leistbarkeit der Wirtschaft garantieren. Aber ich bin im Moment nicht für Vergesellschaftung.

„Austritte durch Koalitionspolitik“

Wie ist nach Deinem Eindruck überhaupt der Gesamtzustand der Ost-SPD? Die Mitgliederzahl ist ja drastisch von 100.000 auf 30.000 zurückgegangen.

Also erstmal die Zahl 30.000 ist sicherlich genauso infrage zu stellen, wie die erste Zahl von 100.000. Ich wäre sehr vorsichtig, ich glaube, daß die Mitgliederzahl bei 40.000 steht, möchte damit aber in keiner Weise kaschieren, daß es tatsächlich durch die Koalitionspolitik Austritte gegeben hat, und zwar tausende. Vor allem Sozialdemokraten linker Couleur und sozialpolitischer Orientierung, die sich nicht mehr durch den Parteivorstand und noch weniger durch die Fraktionsspitze vertreten gefühlt haben, sind raus. Bitte erkenne dabei auch, daß die SPD eine Partei ist, die erst seit dem 7. Oktober besteht und sich in einem anfänglichen Meinungsbildungsprozeß befindet, der gerade bei diesen Turbulenzen sehr schwer gewesen ist. Und wir haben zwar ein sehr gutes Programm Ende Februar in Leipzig zusammenbekommen, das sich vor allem von sozialer Verantwortung getragen sieht, von dem auch viele andere Parteien abgeschrieben haben, auch die PDS. Aber das Programm allein und die Verbreitung führen noch nicht automatisch zu Veränderungen.

Frage: Ist der Eindruck richtig, daß Dein zeitweiliger Rückzug und Dein Rücktritt vom SPD-Vorsitzendenamt weniger mit dem Stasi-Vorwurf zu tun hat, als vielmehr damit, daß - ich glaube - am selben Tag Deines Rücktritts oder am nächsten Tag sofort die Koalitionsverhandlungen mit der Allianz angefangen haben?

Letzteres kann und möchte ich nicht beantworten. Du bist Juso, eine Frage kann so mutig nur ein Juso stellen. Dazu möchte ich sagen, ich freue mich, daß Du die Frage so stellst.

Ich gehe davon aus - Du hast das mal angekündigt - daß Du dazu nochmal irgendwann was sagen wirst.

Sicher.

Danke für das Interview.

se, um Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Das sind für mich Themen, an denen die Koalition brechen sollte.

Wegen und während der Diskussion um den Beitrittstermin aus der Koalition auszutreten, hielte ich für fatal, weil kaum ein Bürger der BRD und der DDR den verfassungsrechtlichen Hintergrund versteht.

Bist Du der Meinung, daß man für die Zukunft Forderungen z.B. nach Vergesellschaftung, Überführung zentraler Bereiche der Wirtschaft in staatliche Hand unter demokratischer Kontrolle nach wie vor ...

Nein, Vergesellschaftung nicht. Ich

PDS/Linke Liste

Eine Alternative mit Zukunft?

Landauf landab findet derzeit die Gründung von PDS und Linker Liste statt. Selbst manche frustrierte SPD-Linke schielen auf die PDS als möglicher Alternative.

Als die SED noch fest im Sattel saß und hauptsächlich organisierendes Zentrum der stalinistischen Herrschaft war, hatte die SPD-Spitze keine Schwierigkeiten, mit ihr zusammenzuarbeiten. Und 1990? Lieber mit DSU und CDU in der Regierung, als mit der PDS in der Opposition - das war bzw. ist die Linie der SPD. Und dies, obwohl SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs erklärte, daß der Unterschied zwischen SED/PDS und der Blockpartei CDU „bestenfalls so groß (sei), wie der zwischen dem Teufel und seiner Großmutter“ und die CDU „der SED 40 Jahre lang dienstbar war und sich von ihr hat aushalten lassen. Die Gegenleistung war Schweigen zu Mauer und Schießbefehl.“

Zur Erinnerung: Bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 erhielt die PDS 16,33% der Stimmen, die DSU 6,32%. Es hätte der SPD besser getan, mit der PDS um die Rolle der besseren Oppositionspartei als in der Regierung mit CDU und DSU um die Rolle der besseren Gehilfen von Kohl und Kapital zu konkurrieren. Wegen der fatalen Rolle, die die SPD spielt, konnte sich die PDS mit halboppositionellen Positionen bei manchen als die Wähler der sozialen Interessen profilieren.

Der Gang der Ereignisse in der DDR

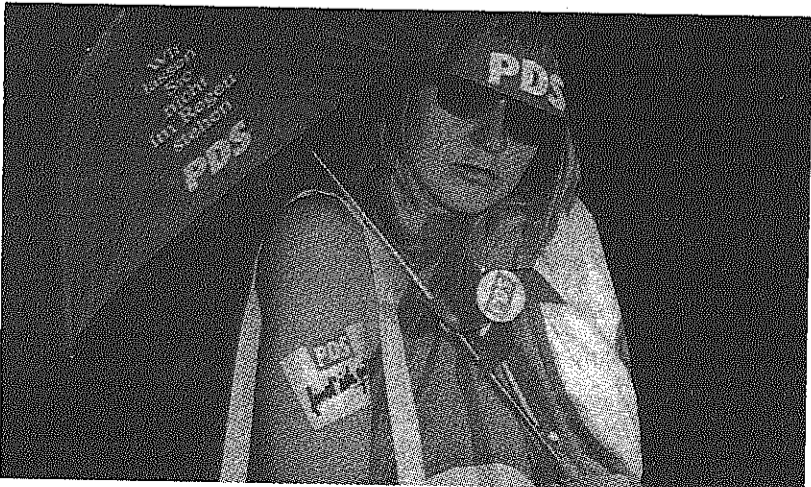
hat die SED/PDS und ihre Stellung in der Gesellschaft total verändert. Vom einstigen Machtapparat ist sie zu einer echten Partei geworden. Die Blutspuren von 40 Jahren totalitärer Diktatur kann sie jedoch nicht abstreifen.

Programm

Doch die PDS ist alles andere als anti-kapitalistisch. Anstatt einzugestehen, daß nicht Volkseigentum und das Prinzip der Wirtschaftsplanung Schuld am Bankrott der DDR waren, sondern die diktatorische Herrschaft der SED, hat sie in die westliche Propaganda miteingestimmt, wonach die Marktwirtschaft überlegen sei und die Arbeiter unfähig

wären, Wirtschaft und Gesellschaft selbst in die Hand zu nehmen.

Das Programm der PDS bekennt sich ausdrücklich zur Marktwirtschaft. In den Thesen zur Erneuerungskonferenz der PDS bekennt sie sich zwar zum demokratischen Sozialismus. Wörtlich: „Ihr Ansatz muß in jedem Fall anti-kapitalistisch sein.“ Im Satz davor steht dagegen: Die Partei befindet sich „in dem Spannungsfeld zwischen der notwendigen Gestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und dem Wirken für eine bessere solidarische, humanistische und ökologische Gesellschaft“. Einige Thesen klingen wie Lobeshymnen auf den Kapitalismus. Beispiel: „Es er-



Auch im Programm gibt sich die PDS seriös und schließt mit der Marktwirtschaft ihren Frieden.

weist sich, daß die traditionellen kapitalistischen Gesellschaften dynamisch, reformierbar und entwicklungsfähig sind. Der Kapitalismus hat eine beträchtliche Innovationsfähigkeit bewiesen.“ Beweist er in der DDR zur Zeit nicht genau das Gegenteil?

Grüne und DS

Die Linke Liste/PDS erhebt den Anspruch, Druck über die Parlamente und über außerparlamentarische Bewegungen auszuüben. Diesen Anspruch hatten bzw. haben auch die Grünen. Und sie sind damit gescheitert. Weil sie nicht verstanden haben, daß eine Verbesserung bzw. Veränderung nur von der arbeitenden Bevölkerung und gegen den Widerstand der herrschenden Klasse der Unternehmer durchgesetzt werden kann, haben sie sich wie so viele SPD-Parlamentarier mehr und mehr den kapitalistischen Sachzwängen angepaßt. Die Realos haben inzwischen das Sagen. Der Versuch, die SPD unter Druck zu setzen, scheiterte. Entweder verzichteten die SPD-Rechten auf eine Koalition mit den Grünen (Hessen, Hamburg), oder sie zwingen sie mit der Drohung des Koalitionsbruchs zur Aufgabe von Forderungen.

Zu den Mitbegründern der Linken Liste gehört Manfred Coppik. Er war 1982 einer der Mitbegründer der „Demokratischen Sozialisten“ (DS), einer Linksabspaltung der SPD, die aus dem Protest gegen Helmut Schmidts rechte Regierungspolitik entstand. Doch die DS blieb eine völlig bedeutungslose Gruppe. Coppik selbst hat sich von einem bekannten linken Hoffnungsträger zur unbekanntesten Persönlichkeit entwickelt.

Die Linke wird nur dann ein gesellschaftlicher Machtfaktor, wenn es gelingt, einen entscheidenden Einfluß in der organisierten Arbeiterbewegung aufzubauen, d.h. in Gewerkschaften und SPD. Auch wenn die SPD-Führung vorübergehend immer weiter nach rechts geht, ist die SPD als Ganzes durch Entstehung, Tradition, Programmatik, gewerkschaftliche Verbindung, Zusammensetzung und vor allem im Bewußtsein der Masse der Arbeitnehmer eine Arbeiterpartei. Das heißt, daß sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe in der Partei widerspiegeln (werden).

Die Nahost-Krise, die wachsende Instabilität der Weltwirtschaft und die Schwierigkeiten der BRD bei der Einführung der Marktwirtschaft in der DDR sind erste Anzeichen von künftigen gewaltigen Erschütterungen im Kapitalismus.

Nicht nur politisch bewußte, sondern immer weitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung werden in den nächsten Jahren nach Antworten und Alternativen suchen. Und erfahrungsgemäß erwarten sie diese Antworten zunächst von der SPD. Ob ein künftiger Zustrom zur SPD und in die SPD aber dazu führt, einen Machtfaktor aufzubauen, der die Gesellschaft verändern kann, hängt davon ab, ob dieser Zustrom unter den Einfluß rechtssozialdemokratischer Politik gerät, oder ob ein schlagkräftiger marxistischer Flügel existiert, der eine sozialistische Alternative anbieten kann. Es geht darum, dem Aufbau dieses marxistischen Flügels in Angriff zu nehmen.

Ursel Beck, Stuttgart

SPD-Mitglied

SPD Kurswechsel nötig!

Gleich zwei SPD-Parteitage finden im September statt. Am 26. 9. trifft sich die West-SPD und am 27. und 28. September gibt es den ersten gemeinsamen Parteitag mit der Ost-SPD. Bei diesen Parteitagen hat die SPD die Chance, ihren Kurs zu korrigieren, um den Trend nach unten umzukehren.

Deutschland befindet sich im größten Umbruch seit Ende des 2. Weltkrieges. Und bis jetzt hat die SPD keine von den bürgerlichen Parteien unabhängige Position auf diese historische Situation. Ihre bisherige Politik kommt der Selbstaufgabe gleich. Und diese Selbstaufgabe ist der wesentlichste Faktor dafür, daß es Kohl und Kapital gelingt, ihre Herrschaft momentan zu sichern.

Die Massen in der DDR haben nicht die SED-Bonzen zum Teufel gejagt, um neue Bonzen vorgesetzt zu bekommen. Und sie wollten schon gar nicht die DM in Form von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Die ganzen Folgen der Rückkehr zum Kapitalismus und diese Rückkehr selbst hätte von der SPD von Anfang an bekämpft werden müssen. Das hätte ihr zunehmende Unterstützung gebracht. Ansätze dazu waren vorhanden.

Sozialistische Traditionen

Im Programm der Initiativgruppe zur Gründung der SDP vom 26.8.89 wurde noch gefordert: „Die Erarbeitung einer politischen Alternative für unser Land, die an politische Traditionen anknüpft, die an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert sind. Zu diesen Traditionen gehört an wichtiger Stelle die des Sozialismus. Dieser ist durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte weitgehend diskreditiert worden.“ Zu diesem Zeitpunkt wollte die Führung der West-SPD noch nichts von einer Wiederbelebung der Ost-SPD oder von Kontakten zur DDR-Opposi-

tion hören. Karsten Voigt erklärte Mitte August, die SPD „wird auch in Zukunft nicht mit illegalen Kontakten ... in die DDR hineinzuwirken versuchen“. Und die Westberliner SPD sah am 30. August „keinen Anlaß für eine Wiederbelebung oder für die Unterstützung einer Neugründung einer sozialdemokratischen Partei im Ostteil Berlins.“

Erst als der rapide Verfall des SED-Regimes deutlich wurde und die Massen schon längst regelmäßig auf der Straße standen, besann sich die SPD-Führung auf gesamtdeutsche sozialdemokratische Traditionen. In einer Erklärung des SPD-Parteivorstandes (West) vom 18.9.89: „Sozialismus ist nur lebensfähig, wenn er mit Demokratie verbunden ist. Wir verlangen nicht, daß die DDR den - so verstandenen - Sozialismus aufgibt, sondern daß sie mit ihm endlich anfängt.“

Oskar Lafontaine verkündete auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1989, daß der Sozialismus mit der Revolution in der DDR seine schönste Wiederauferstehung feiert. Zu sagen, der Sozialismus sei tot, wäre das gleiche, wie aus Kreuzzügen und Hexenverbrennung abzuleiten, das Christentum sei tot. Schöne Worte, denen jedoch entgegengesetzte Taten folgten. Die Führung der West-SPD hat leider nichts getan, sich für einen „so verstandenen Sozialismus“ einzusetzen, sondern sie hat die Einführung des Kapitalismus unter der beschönigenden Bezeichnung „soziale Marktwirtschaft“ mit unterstützt.

Sie übernahm in der Folge relativ rasch die politische Regie in der Ost-SPD, die in den Mittelpunkt ihrer Programmatik als erste DDR-Oppositionspartei dann ein eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft stellte. Programme der Parteibasis, zum Beispiel das Bekenntnis des Ost-Berliner SPD-Bezirks zum Gemeineigentum der Großbetriebe und des Grundbesitzes, fielen unter den Tisch.

Selbst die Idee einer schnellen Währungsunion kam zuerst aus den Reihen der West-SPD und wurde beim Berliner Parteitag offiziell zum Programm der Partei. Der Kohl'sche Vereinigungskurs wurde von der SPD in seinen Grundzügen unterstützt. Sie beschränkte sich auf Kritik am Tempo und forderte „Nachbesserungen“ und „mehr soziale Ausgewogenheit.“

Wirtschaftswunder?

Einzelne SPD-Politiker beteiligten sich mit am Gerede vom angeblich bevorstehenden Wirtschaftswunder. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth: „Die DDR benötigt echte, funktionierende Märkte für Waren und Dienstleistungen; Märkte, die in den Preisen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Die DDR muß den Unternehmen auf ihrem Boden Entscheidungsfreiheit einräumen, damit wieder Risiken klar zugeordnet und notfalls rasch Konsequenzen gezogen werden ... Ich stelle mir vor, daß sich in den Köpfen der jungen DDR-Bürgerinnen und -Bürger einmal der Gedanke festsetzt: Glück gehabt, daß es 1989 so gut mit uns geklappt hat.“

Beim Staatsvertrag wurden erst kurz vor Verabschiedung von einem Teil der SPD-Führung um Lafontaine Bedenken angemeldet, allerdings ohne prinzipiell andere Standpunkte zu vertreten. Man wollte nur einen anderen und langsameren Gang, aber zum selben Ziel: Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage. Nicht mal der vertraglich festgelegte Steuerbetrug, wonach alle abhängig Beschäftigten der DDR in Lohnsteuerklasse I (Steuerklasse für Nichtverheiratete ohne Kinder) eingestuft werden, hat die SPD auf die Barrikaden gebracht. Als die IG-Metall dagegen protestierte, antwortete ihr die SPD-Bundestagsfraktion, daß sie eine weitere Initiative der Fraktion für nicht erforderlich halte. (Metall Nr. 7 und 8 '90)

Die Rolle der SPD-Führung war ganz entscheidend für die Rückkehr zum Kapitalismus der DDR; Bei klarer sozialistischer Oppositionspolitik wären die Entwicklungen anders verlaufen, und zwar wesentlich günstiger für die Masse der arbeitenden Bevölkerung. Jetzt stehen Betriebsschließun-

gen, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, die fast uneingeschränkte Herrschaft des Kapitals und niedriger Lebensstandard für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung ins Haus.

Wenn sich die SPD-Führung auf die Logik des Kapitalismus einläßt, dann kommt sie in ihr um. Wer meint, daß man auf die Unternehmer nicht verzichten kann, muß sich ihnen unterordnen. Und diese Unterordnung nimmt

Ölkonzernen eingefordert. Lafontaine kritisiert Kohl, daß er nicht sagt, daß Steuererhöhungen zur Finanzierung der Einheit nötig sind. Der SPD-Wähler oder Nichtwähler kann daraus nur schließen: die SPD wird die Steuern erhöhen.

Wahlniederlage droht

Statt eines alternativen deutschlandpolitischen Konzepts hat die SPD-Führung im Moment nichts anderes zu bieten als kapitalistisches Krisenmanagement, das sich nur in Nuancen von der Kohl-Politik unterscheidet. Und weil das so ist, spricht für die SPD-Führung auch nichts dagegen, der CDU ständig die Zusammenarbeit anzubieten. Das undemokratische Wahlgesetz, der Versuch, mit der CDU einen Kompromiß in der Abtreibungsfrage zu fin-



Protest gegen die Zustände in Ost...

immer größere Ausmaße an. Oskar Lafontaine entdeckt plötzlich, daß uns die Asylbewerber zu viel Geld kosten und gleichzeitig fordert die Bundestagsfraktion der SPD von Kohl höhere Investitionszulagen und Steuererleichterungen für Privatinvestitionen in der DDR.

Unternehmerfreundliche Politik

Trotz Einkommensgefälle von 1 : 2,4 zwischen DDR und BRD meinte die ehemalige SPD-Arbeitsministerin der DDR, Regine Hildebrandt, daß die Löhne zu schnell steigen. Über die zu hohen Diäten der Volkskammerabgeordneten (6000 DM monatlich), die Ministerbezüge und die private Bereicherung alter und neuer Bonzen auf Kosten des Volksvermögens verlor sie kein Wort.

Daß die Marktwirtschaft alles andere als sozial ist, brachte die DDR-Arbeitsministerin in einem TAZ-Interview zum Ausdruck: „Wenn sie gesetzliche Regelungen einführen, bei denen ein Unternehmer bestimmte Leute nicht wieder los wird, dann stellt er die gar nicht erst ein. Unsere Westkollegen raten uns daher, mit solchen Gesetzen sehr sensibel umzugehen.“

Ja, die Westkollegen bzw. -Genossen müssen es ja wissen! Nicht einmal der Aufschwung erlaubt ihnen Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchzuführen ohne sofort mit den Unternehmern in volle Konfrontation zu kommen. Doch in der Marktwirtschaft gilt: Wer die wirtschaftliche Macht hat, hat auch die politische Macht.

Die SPD will mit einer 30-Milliarden-DM schweren Steuererhöhung auf Benzin, Heizöl und Gas in den Wahlkampf ziehen. Gleichzeitig werden nicht mal die Spekulationsgewinne der

den, Lafontaines Vorstöße zum Asylrecht sind jüngste Beispiele dafür.

Selbst eine große Koalition im Gesamtdeutschland wird nicht mehr ausgeschlossen. Lafontaine in einem Spiegel-Interview: „Die grundsätzliche Bereitschaft der politischen Parteien, miteinander zu koalieren, ist Voraussetzung der parlamentarischen Demokratie. Die Große Koalition ist eine der denkbaren Möglichkeiten“. (Spiegel 13.8.1990) Die Forderung der SPD nach sofortigem Beitritt der DDR heißt in der Konsequenz, daß die DDR-Bevölkerung vollends an Kohl ausgeliefert wird. Statt Beitritt und dem Einigungsvertrag zuzustimmen hätte die SPD-Führung eine Kampagne für eine neue Verfassung beginnen müssen.

Diese Politik der SPD-Führung läßt befürchten, daß es bei den bevorstehenden Wahlen wieder nicht gelingen wird, unser Potential zu mobilisieren. Es drohen neue Niederlagen. Unter den heutigen Bedingungen wären weitere vier Jahre CDU-Regierung eine Katastrophe für die arbeitenden Menschen und die Umwelt in ganz Deutschland.

Die bisher rückläufige Mitgliederzahl der DDR-SPD (nach neuesten Angaben gibt es nur noch 13.000 Mitglieder in der Ost-SPD) und der Austritt des Ehrenmitglieds Käthe Waltrath aus dem Vorstand der DDR-SPD sind nicht zu übersehende Anzeichen dafür, daß die gegenwärtige SPD-Politik immer weniger Rückhalt in der eigenen Partei hat. Eine radikale Änderung der Politik der SPD ist erforderlich. SPD- und Jusogliederungen müssen sich vor den Parteitagen im September für eine radikale Kursänderung der Parteipolitik stark machen.

Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied



... und West.

Wir fordern:

1. Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Regierungen Kohl/DeMaiziere. D.h.:

- Eindeutige Ablehnung einer Großen Koalition.

2. Konsequente Oppositionspolitik in Bonn, Ostberlin und im Bundesrat

- öffentliche Kampagnen gegen konkrete Maßnahmen der Kohl-Regierung wie z.B. gegen den direkten oder indirekten Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg.

- Mobilisierung der Frauen und Männer in SPD und Gewerkschaften für ersatzlose Streichung des 218.

- Die CDU/FDP fordert Kassensturz in der DDR. Wir wollen genauso einen Kassensturz in der BRD mit Einbeziehung der Unternehmerkassen. Die Sozialisierung von Verlusten und die Privatisierung von Gewinn-

nen (Beispiel Allianzversicherung) lehnen wir ab.

3. Ablehnung bzw. Rücknahme der Forderung nach Grundgesetzänderung zum Asylrecht.

Keine Abschiebung von nicht anerkannten Asylbewerbern in SPD-regierten Bundesländern und Kommunen. Jede Diskriminierung von Asylbewerbern, wie z.B. die Auszahlung von Sozialhilfe in Form von Sachmitteln, muß unterbleiben.

4. Statt Unterstützung des undemokratischen Wahlgesetzes Kampagne für die sofortige Schaffung einer neuen Verfassung als Grundlage der deutschen Einheit.

Diese Verfassung muß von einer demokratisch gewählten gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet werden. Bei der Wahl zu dieser Versammlung sollen alle Personen ab 16 Jahren wahlberechtigt sein. Ausländer, die seit 3 Jahren in der BRD oder der DDR le-

ben, sollen passives und aktives Wahlrecht erhalten. Es darf keine 5%-Klausel geben.

5. Grundsatzdiskussion auf allen Ebenen in der Partei über einen SPD-Verfassungsentwurf. Daran sollen Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen beteiligt werden. Ausgangspunkt für die SPD ist dabei nicht das Grundgesetz, sondern die im Berliner Programm festgeschriebene Grunderfahrung, „daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig“.

Bei den Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung kämpft die SPD auf der Grundlage des von der Partei in demokratischer Diskussion erarbeiteten Entwurfs für eine Mehrheit.

6. Die Vereinigung der SPD-West mit der SPD-Ost muß auf demokratische Weise, d.h. unter Einbeziehung der Mitgliedschaft erfolgen.



Jugend für Sozialismus . . .

Bremerhaven

Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazis

Im Bereich Antifaschismus engagieren sich die Bremerhavener Jungsozialisten seit einigen Wochen hauptsächlich in zwei Bereichen: Auf der einen Seite steht der Kampf gegen die immer offener und aggressiver auftretenden Skinheads. Zum anderen setzen wir uns für das Bleiberecht von 170 Roma ein.

Um zu verhindern, daß weiter einzelne Personen nach Kneipenbesuchen in der Innenstadt von Neonazis angepöbelt oder zusammengeschlagen werden, mobilisierten mehrere Jusos des öfteren gemeinsam mit einigen Autonomen bis zu 50 Antifaschisten und konnten so durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit mehrmals weitere Übergriffe auf Kneipenbesucher verhindern.

Die Polizei spielte wie gewöhnlich eine sehr negative Rolle in diesem Konflikt. Sie schützte nicht die Angegriffenen, sondern die Skins, indem sie sie sicher und unbeschadet nach Hause chauffierte. Unbeteiligte Passanten mußten unangenehme Bekanntschaft mit dem Polizeiknüppel machen. Die Polizei Bremerhavens tat sich noch bei weiteren Gelegenheiten im Behindern antifaschistischer Aktionen hervor.

So auch beim zweiten Hauptpunkt der Bremerhavener Jusos gegen Ausländerfeindlichkeit, dem Kampf für das Bleiberecht von 170 Roma in der BRD (siehe Kasten). Bei einer Demonstration vor der Stadtverordnetenversammlung für das Bleiberecht, zu der auch der DGB, die Grünen und andere Orga-

nisationen aufriefen, trat die Polizei sehr aggressiv auf, was durch das Tragen von Schildern und Helmen noch unterstrichen wurde. Einzelne Demonstranten wurden schikaniert und zum Teil sogar körperlich von der Polizei angegriffen.

Verhindert wird eine Entscheidung für ein Bleiberecht der Roma durch die ausländerfeindliche Haltung unserer

SPD-Spitze. Sie nämlich stimmte gemeinsam mit CDU, FDP und der faschistischen DVU gegen ein Bleiberecht der Roma. Weil alle weiteren Appelle und auch die Demonstration keine Meinungsänderung bei der SPD-Führung (die SPD regiert in Bremerhaven) bewirkten, tauchten die Roma aus Angst vor Abschiebung unter.

Da klar war, daß das Verstecken der Roma keine Lösung sein konnte, beschlossen zwei Juso-Gruppen, eine Frauengruppe, der Arbeiterverein der Türkei und einige andere, sich direkt an die SPD-Abgeordneten der Stadt zu wenden. Am 10. Juli wurde daraufhin von ihnen die Sitzung der Stadtverordnetenfraktion der SPD unterbrochen. Auf einem Flugblatt, das die Jusos dort an die Abgeordneten verteilten, hieß es: „... In Bezug auf die Roma betreibt die



Demonstration gegen Abschiebung von Asylbewerbern.

SPD eine bornierte, ausländerfeindliche Politik und leistet damit den Rassisten Vorschub. Die Parteispitze unterstützt damit jene, die Ausländer als Problem bezeichnen und zwischen verschiedenen Nationalitäten spalten wollen, damit die „kleinen Leute“ ihre gemeinsamen Interessen nicht erkennen.“ Die Forderung nach sofortiger Diskussion über das Bleiberecht wurde von ihr mit Ablehnung und Drohung mit der Polizei beantwortet.

Anfang August wurden die ersten Roma abgeschoben. Eine vierköpfige Familie wurde in Abschiebehäft genommen und sofort nach Jugoslawien zurückgeschickt. Damit schiebt Bremen z.Zt. als einziges Bundesland ab. In Hamburg und NRW werden die Roma

wenigstens geduldet, es bestehen Chancen auf ein Bleiberecht. In Köln haben per Ratsbeschluß 150 Roma das Bleiberecht erhalten.

In einem offenen Brief an alle Gliederungen der SPD fordert der Juso-Unterbezirk die Partei auf, sich für das Bleiberecht einzusetzen und sich als Partei der Arbeiterbewegung endlich wieder für die Lohnabhängigen, die Frauen, die Jugend, die Rentner, die Arbeitslosen und für die Minderheiten einzusetzen.

Jörn Kroppach, Bremerhaven
Jungsozialist

Protestschreiben sind zu richten an: Oberbürgermeister Willms, Stadthaus, 2850 Bremerhaven.

Die Situation der Roma in ihrer „Heimat“

Die 1988 nach Bremerhaven geflüchteten 170 Roma sind in ihrer „Heimat“ in Südjugoslawien eine diskriminierte Bevölkerungsgruppe. Sie leben in slumartigen Ghettos am Rande der Städte, die Arbeitslosigkeit und Armut unter ihnen ist größer als bei den anderen Nationalitäten, ihre Lebenserwartung liegt in einigen Gegenden zwischen 29 und 35 Jahren. Schon immer waren sie rassistischen Beleidigungen und sogar Gewalttätigkeiten ausgesetzt. Durch die bürgerkriegsähnlichen Unruhen

in der südjugoslawischen Region Kosovo hat sich die Situation der Roma dramatisch zugespitzt.

Ihre Sündenbockfunktion wurde auf die Spitze getrieben. Für die serbische Besatzungsmacht sind alle Minderheiten zu unterdrückende Störfaktoren. Für die Albaner, denen ihre Autonomie genommen wurde, dienen die Roma oft als Blitzableiter für die Wut und Hilflosigkeit, die durch die serbische Besatzung geschaffen wird. Roma sind Angriffen auf ihre Siedlungen ausgesetzt.

Lübeck

Wir wollen selbstverwaltete Jugendzentren!

In Lübeck-Kücknitz sieht es aus wie in den meisten Vororten deutscher Städte: phantasielose Wohnsiedlungen, Videotheken und Spielhallen bestimmen das Stadtbild.

Eine Kokerei vergiftet die Luft, der Bau eines neuen Kraftwerkes, das Strom für den Norden der DDR liefern soll, überschattet im wahrsten Sinne

Gewalt, neofaschistischen Tendenzen.

Die Juso-AG Kücknitz wurde 1988 bei einer Antifa-Veranstaltung von ca. 100 Nazi-Skins „belagert“, es kam immer wieder in den letzten Jahren zu Angriffen auf Antifaschist(inn)en. Als Reaktion darauf bildete sich vor einhalb Jahren ein Antifa-Arbeitskreis Kücknitz, der zusammen mit uns Jusos

tionalistische und frauenfeindliche Gifte zu spalten, die Ausgebeuteten gegeneinander auszuspielen, damit die Ausbeuter weiter herrschen können.

Wir als Jusos wollen dagegen durch praktische Arbeit gegen die sozialen und ökologischen Mißstände die Spaltung überwinden und unsere Vorstellung von Gesellschaftsveränderung vermitteln. Unsere Hauptarbeit konzentriert sich dabei seit längerem auf den Aufbau eines selbstverwalteten Jugendzentrums in Kücknitz. Dieses Zentrum soll Treff- und Arbeitspunkt sein, Café und Informationsstätte, eine Basis für alle Jugendlichen, die ihre Freizeit nicht vor der „Daddelhalle“ oder vor dem Fernseher verschwenden wollen.

Ideale Räumlichkeiten waren schon früh gefunden: Ein ehemaliges Hotel, in dessen einer Hälfte eine Disco untergebracht ist, dessen andere Hälfte sich aber schon im Verfall befand, bot Mög-

lichkeiten für Café/Kneipe, Tagungsräume, Fotolabor und auch Wohnraum für ca. 10 Personen! Kaufpreis: 250.000,- DM, auch eine Miete bzw. Pacht war möglich.

Lübeck wird SPD-regiert, im Kommunalprogramm wird sich für selbstverwaltete Jugendzentren in den Vororten ausgesprochen und auch Gelder zugesichert. Also nahm der inzwischen von uns gegründete Trägerverein „haus e.V.“ den Kontakt zum Jugendamt auf und bat um Unterstützung des Projektes. Gleichzeitig sprachen wir mit mehreren „prominenten“ SPD-Genossen. Zwar wurde der Idee im Prinzip Sympathie entgegengebracht, aber um die Idee Realität werden zu lassen, fehlte das Geld. Wir sollten uns doch ein Zentrum in kleinerem Ausmaß suchen, dann stünden die Chancen günstiger.

Nach längerer Suche fanden wir einen leerstehenden Laden, aus dem sich ein schönes Café mit Tagungsraum hätte machen lassen. Kostenpunkt: 750,- DM Kaltmiete. Wieder wandten wir uns an die Stadt, allerdings nicht, ohne vorher mit Öffentlichkeitsarbeit begonnen zu haben. Wieder wurde uns von

den Verantwortlichen „Sympathie“ entgegengebracht, wieder hieß es mit Hinweis auf den gerade beschlossenen Stadthaushalt, es sei kein Geld da.

Bleibt es dabei, daß dieser Programmpunkt „selbstverwaltete Jugendzentren in Vororten“ ein Lippenbekenntnis der Partei ist? Dieses Jutze ist dringend notwendig, um Jugendlichen in Kücknitz Perspektive aufzuzeigen und zu gewährleisten, daß mehr Jugendliche aktiv gegen sozialen Kahl-schlag, Frust und Neofaschismus können und ihre Vorstellungen von Freizeit und Kultur umsetzen können.

Wir gehen mit unserer Kampagne für das selbstverwaltete Jugendzentrum jetzt noch mehr in die Öffentlichkeit: Kommt zur Veranstaltung vom „haus e.V.“ am 22. September 1990, um 15.30 Uhr ins Gemeinschaftshaus Rangenberg. Wir werden über die Situation von Jugendlichen und über das Jutze in Kücknitz mit Vertretern der Stadt diskutieren.

Wir werden uns unser Zentrum erkämpfen!

Juso-AG Lübeck-Kücknitz
und „haus e.V.“

Elitegymnasium in Stuttgart

Am 3. Juli 1990 stimmte die Schulkonferenz des Stuttgarter Karlsgymnasiums für die Einrichtung eines „Elitegymnasiums“ in dieser Schule. Die Kultusministerkonferenz Ende Juli räumte die letzten Steine aus dem Weg. Damit scheint dem Projekt nichts mehr entgegenzustehen – außer den Schülern.

Die Schüler des Karlsgymnasiums wurden, vertreten durch die Klassensprecher, am 22. Juli informiert. Der Rektor versuchte den Schulversuch als „Begabtenförderung“ zu verkaufen und ersetzte den Namen Elitegymnasium durch „Gymnasium mit besonderen Anforderungen“. Aber neue Namen machen die Dinge auch nicht bes-

ser und so fiel es zwei anwesenden Mitgliedern des Stuttgarter Schülerrats (SSR) leicht, in der Diskussion ihre Kritik darzulegen.

Bei der anschließenden Abstimmung sprach sich dann auch die Mehrheit gegen das Elitegymnasium aus. Eine Umfrage der Schülerzeitung hatte bereits gezeigt, daß die Hälfte der Schüler das Vorhaben ablehnt. Nur ein Drittel stimmte unter Vorbehalten zu. Diese Zahl ist durchaus erfreulich, wenn bedacht wird, daß einige Schüler dieser Schule (erste Fremdsprache: Latein) aus eher konservativen Familien kommen. Bei der Schulkonferenz, dem entscheidenden Gremium, stimmte dann ein Vertreter der Schüler gegen den Ver-

such, der andere mit der Mehrheit von Eltern und Lehrern dafür.

Der SSR wird in diesem Schuljahr den Kampf gegen das Elitegymnasium wieder aufnehmen. Der Höhepunkt dessen können ein neuer Schülerstreik sein. Aber nicht nur in Baden-Württembergs Schulsystem ist vieles nicht in Ordnung. So sprach sich Bundesbildungsminister Möllemann für eine Übernahme der in der DDR üblichen Schulzeit von zwölf Jahren aus. Die Jusos sollten daher den Vorgängen in den Schulen mehr Beachtung schenken.

Ulf Haberbosch, Stuttgart
Mitglied im Sprecherrat des SSR
und Schüler des Karlsgymnasiums



Der Jugend stehen alle Türen offen!

des Wortes den Ort: Bei Ausmaßen von 140m Höhe und 100m im Durchmesser wird man nicht mehr so viel vom grauen Himmel sehen.

Kücknitz hat eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und einen hohen Anteil an ausländischen Einwohner(innen). Die Perspektivlosigkeit und der Frust gerade von Jugendlichen führen zu Drogenkonsum,

gegen rassistische und nationalistische Tendenzen kämpfte.

Es reicht uns aber nicht, nur auf Naziaktionen zu reagieren und nur über faschistische Organisationen und deren Arbeit aufzuklären, sondern wir wollen auch deren eigentliche Rolle aufdecken. Die Faschisten versuchen, die Arbeiterklasse, alle Verlierer der „sozialen“ Marktwirtschaft durch rassistische, na-

Gegen Bushs und Kohls „Drogenkrieg“ Für eine Drogenpolitik, die Abhängigen hilft

Fast täglich erfahren wir durch die Medien, daß das Drogenproblem immer größere Dimensionen annimmt, die Zahl der Heroin-Toten steigt und immer mehr und jüngere Menschen Drogen nehmen.

Gleichzeitig wird die Bevölkerung in Aufklärungsbroschüren der Bundesregierung und öffentlicher Institutionen vor dem Gebrauch illegaler Drogen, ob Haschisch, Heroin, LSD oder Kokain aufs Schärfste gewarnt. Doch auf die verschiedenen psychoaktiven Substanzen, die Art, wie sie wirken und welche gesundheitlichen Schäden ihre Einnahme hervorrufen, wird nur undifferenziert eingegangen.

Völlig „übersehen“ wird hierbei, daß der Kapitalismus und die durch ihn geschaffenen sozialen und psychischen

Probleme die Ursachen für Drogenabhängigkeit sind. Die Entfremdung durch das System, in dem der Profit alles und die Selbstverwirklichung des einzelnen nichts ist, wird durch den Drogenkonsum ausgeglichen. Die Herrschenden haben also ein politisches Interesse am Drogenkonsum, weil viele Arbeiter und Jugendliche durch den individuellen Drogengebrauch vom gemeinsamen Kampf für ihre Interessen abgehalten werden.

Bei der heuchlerischen Anti-Drogen-Propaganda von „Menschenfreunden“ wie Präsident Bush oder Kanzler Kohl geht es um wirtschaftliche Interessen. Dies erkennt man daran, daß das viel größere Problem der legalen Drogen völlig verdrängt wird.

Legale Drogen

Jährlich sterben in der BRD um die 150.000 Menschen an den Folgen des Tabakrauchens und 3000 an denen des Alkohols. Es gibt mindestens 800.000 Abhängige von Psychopharmaka und zwei Millionen Alkoholstüchtige in Westdeutschland. Niemand erklärt allerdings den Tabak-, Alkohol- und

Die illegalen Drogenwirtschaften haben sich im letzten Jahrzehnt und gewinnträchtigsten Industrie der Welt („Spiegel“) entwickelt. Die rapide wachsende Nachfrage verschafft den großen Drogenunternehmen, besonders Südostasiens und Südamerikas (Schlafmohn und Coca-Strauch), die Irrsinnprofite.

Die Drogenwirtschaften sind in vielen Staaten der „3. Welt“ zum entscheidenden Wirtschafts- und damit Machtfaktor geworden. Z.B. arbeiten in Bolivien eine halbe Million Menschen in der Coca-Wirtschaft (das sind ein Drittel des Arbeitskräftepotentials) und Kokain stellt drei Viertel der Gesamtausfuhr des Landes dar. Ähnliches gilt für Peru, Kolumbien, Burma, Laos, Thailand und viele andere Länder der „3.

Drogen, an denen sie nichts verdienen. Auf dieser Grundlage baut sich die heutige Drogengesetzgebung (Betäubungsmittelgesetz - BtMG) auf! Die derzeitige Drogenpolitik der Bundesregierung, die ihren Schwerpunkt darauf setzt, den Polizei- und Justizapparat im Kampf gegen Verstöße gegen das BtMG zu stärken, kann die wirklichen Probleme natürlich nicht lösen. Statt den Menschen mit Drogenproblemen ausreichend Hilfs- und Ausstiegsmöglichkeiten anzubieten, werden diese kriminalisiert, strafrechtlich verfolgt und bestraft.

Die Zahl der Heroin-Toten könnte sofort drastisch gesenkt werden, wenn die Gesetze, die die Junkies zu Kriminellen machen und sie in soziales Elend ziehen, verschwinden würden. Gleichzeitig wäre es notwendig, die Opiat-Abhängigen von Prostitution, Beschäftigungskriminalität und Kleindealerei zu befreien, indem ihnen ihre Drogen (und Ersatzdrogen) kostenfrei, unter medizinischer Aufsicht, bei gleichzeitigem Beratungs- und Therapieangebot, zur Verfügung ständen (und zwar flächendeckend und bundesweit nach Bedarf).

Die Realität ist aber die, daß im Moment noch nicht mal ein ausreichendes Netz von Beratungs- und Therapiemöglichkeiten besteht. Die Lage der schon bestehenden Beratungsstellen wird immer katastrophaler; teilweise müssen schon wochenlange Wartelisten für Hilfesuchende eingerichtet werden. Bei Therapieplätzen ist die Lage noch erschreckender; Heroin-Süchtige haben kaum eine Chance, einen Therapieplatz noch zu Lebzeiten zu kriegen.

Ähnlich schlecht ist die Situation an den Schulen. Längst nicht an jeder Schule gibt es einen ausgebildeten Drogenberatungslehrer, außerdem ist es notwendig, Sozialarbeiter in die Schulen zu holen. Diese können sich besser um Problemfälle kümmern, weil viele Schüler berechtigte Angst haben, offen mit ihren Lehrern über Drogenprobleme zu reden. Die Drogen-„aufklärung“ muß endlich eine wirkliche, sachliche Aufklärung über alle Drogen werden und darf nicht die größtenteils hysterische anti-illegale Drogenpropaganda bleiben, die sie jetzt ist.

Gegen die Heuchelei der Herrschenden

Ein zentraler Bestandteil des Kampfes gegen Drogenabhängigkeit muß der Kampf gegen die sozialen Mißstände sein, die Menschen in die Abhängigkeit treiben, das heißt letztendlich der Kampf gegen das kapitalistische System. Gegen die Heuchelei der Herrschenden setzen wir die Forderung nach Wohnung, Arbeit und einem materiell abgesicherten Leben für alle.

Wir Jusos sollten die Diskussion über Drogenpolitik in unserem Verband verstärken, in die SPD hineinragen und da, wo die SPD regiert, die notwendigen Schritte aufzeigen und sie zum richtigen Handeln drängen. Ebenfalls ist es in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen wichtig, für eine erfolgversprechende Drogenpolitik im Parteiprogramm zu kämpfen und damit eine klare Alternative zur gescheiterten „War on (illegal) Drugs“-Politik der bürgerlichen Parteien anzubieten.

Peter Nowak, Kassel, Jungsozialist



Probleme die Ursachen für Drogenabhängigkeit sind. Die Entfremdung durch das System, in dem der Profit alles und die Selbstverwirklichung des einzelnen nichts ist, wird durch den Drogenkonsum ausgeglichen. Die Herrschenden haben also ein politisches Interesse am Drogenkonsum, weil viele Arbeiter und Jugendliche durch den individuellen Drogengebrauch vom gemeinsamen Kampf für ihre Interessen abgehalten werden.

Bei der heuchlerischen Anti-Drogen-Propaganda von „Menschenfreunden“ wie Präsident Bush oder Kanzler Kohl

Pharmakonzernen den „Drogenkrieg“ oder wirft ihnen vor, unsere Jugend zu zerstören.

Die Realität sieht da ganz anders aus. Für die legalen Drogen darf aggressiv geworben werden, sie sind fast für jeden immer verfügbar (Zigarettenautomaten, Tankstellen, Nachtapotheken), unabhängig davon, ob sie nun relativ ungefährlich oder stark suchterzeugend und gesundheitsschädigend sind. Warum aber diese großangelegte Kampagne gegen illegale Drogen, wo doch ersichtlich ist, daß die legalen Drogen das Hauptproblem darstellen?

Welt“, in denen Coca-Strauch, Schlafmohn oder Cannabis im großen Stil angebaut werden.

Abhängige werden kriminalisiert

Der Hauptunterschied zwischen legalen und illegalen Drogen ist der, daß an den einen Alkohol, Tabak und Pharmakonzerne der westlichen Industrienationen, an den anderen die „Kokainbarone“ und „Opiumfürsten“ der „3. Welt“ verdienen. Hiesige Drogenunternehmen haben natürlich kein Interesse an der Konkurrenz von anderen

Unsere Forderungen:

- Durchsetzung des Verbotes von Werbung für alle Drogen - auch für Tabakprodukte, Psychopharmaka und Alkohol.
- Frühzeitige, sachliche Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über alle Drogen in den Schulen, deswegen mindestens einen ausgebildeten Drogenberatungslehrer pro Schule sowie Heranziehung von Sozialarbeitern zur Drogenverbeugung in den Schulen.
- Arbeit, Wohnung und 1500 DM netto als garantiertes Mindesteinkommen für jeden.
- Legalisierung/Entkriminalisierung des Drogenkonsums (nicht des Handels!).
- Verstaatlichung der Tabak-, Alkohol- und Pharmakonzerne sowie Zerschlagung der illegalen Drogenunternehmen unter demokratischer Kontrolle durch Gewerkschaften und Beschäftigte.
- Herstellung von Drogen (also auch Tabak und Alkohol) und Medikamenten nur nach dem in der Gesellschaft vorhandenen Bedarf.
- Kontrollierte Abgabe von Drogen und Ersatzdrogen unter medizinischer und sozialer Betreuung, begleitet von „Anti-Werbe-Kampagnen“; dabei relativ freier Verkauf von Drogen wie Alkohol, Tabak und Haschisch unter Berücksichtigung des Jugendschutzes; scharf kontrollierte Abgabe von gefährlicheren Drogen wie Heroin, Kokain, Psychopharmaka bei nachgewiesener Abhängigkeit (oder z.B. bei Psychopharmaka aus medizinischen Gründen) verbunden mit Beratung und Hilfe zum Ausstieg.
- Schaffung von ausreichenden Beratungsstellen und Therapieplätzen.

schaffen und Beschäftigte. Herstellung von Drogen (also auch Tabak und Alkohol) und Medikamenten nur nach dem in der Gesellschaft vorhandenen Bedarf. Kontrollierte Abgabe von Drogen und Ersatzdrogen unter medizinischer und sozialer Betreuung, begleitet von „Anti-Werbe-Kampagnen“; dabei relativ freier Verkauf von Drogen wie Alkohol, Tabak und Haschisch unter Berücksichtigung des Jugendschutzes; scharf kontrollierte Abgabe von gefährlicheren Drogen wie Heroin, Kokain, Psychopharmaka bei nachgewiesener Abhängigkeit (oder z.B. bei Psychopharmaka aus medizinischen Gründen) verbunden mit Beratung und Hilfe zum Ausstieg. Schaffung von ausreichenden Beratungsstellen und Therapieplätzen.

Hamburg Abschiebung verhindert

Vor einiger Zeit erhielten wir - einige Jusos - einen nächtlichen Anruf von einem türkischen Kulturzentrum, mit dem wir erst seit kurzem in Kontakt standen: Ein Kollege namens Hüsesein ist überfallartig in Abschiebehaft gesteckt worden. Für lange Überlegungen bleibt jetzt keine Zeit mehr, wir müssen irgendwie handeln und sei es, daß wir den Abschiebern körperlich den Weg versperren, sonst findet sich Hüsesein morgens im Flugzeug Richtung Türkei wieder.

Nächster Tag: Wir erfuhren, daß Hüsesein vor elf Jahren (!) einen Antrag auf Asyl gestellt hatte. Seitdem lebte er von der Sozialhilfe und kümmerte sich im Volkshaus um die Küche. Nachdem man die Bearbeitung seines Antrages elf Jahre lang erfolgreich verschoben hatte, wurde jetzt im Hauruckverfahren geurteilt: Ablehnung, Handschellenempfang an der Haustür des völlig unvorbereiteten Hüsesein, Abschiebehaft, kein Kontakt nach außen (Benachrichtigung von Freunden oder Anwalt).

Die türkischen Kollegen wollten das Rathaus besetzen. Nach unserer Mei-

nung kam nur das Fraktionsbüro der SPD in Frage, um etwas zu bewirken: Im Gegensatz zu CDU und FDP ist die SPD aus der einstigen Entschlossenheit von Arbeitern, ein Kampforgan für ihre Interessen zu schaffen, hervorgegangen und hält seitdem den Anspruch sozialer Politik aufrecht.

Wir machen Druck

Davon abgesehen, regiert die SPD (in Koalition mit der FDP) in Hamburg und ist damit verantwortlich für diese Abschiebung (und wahrscheinlich für viele andere, die sich unserer Kenntnis entziehen und vorzugsweise am Wochenende durchgeführt werden, um den Betroffenen Einspruchsmöglichkeiten zu verwehren).

Mit ca. 30 Leuten spazierten wir, die eingerollten Transparente unterm Arm, wie andere Besucher ins Rathaus. Die Medien waren informiert. Wir füllten den Flur zum SPD-Fraktionsbüro und verlangten nach Abgeordneten. Zunächst begegnete uns das Übliche: Keiner fühlte sich zuständig, sachkompetent usw. Aber die Tour bitte nicht mit

uns! Wir verlangten von den dort Anwesenden, daß sie sich mit dem Fall bekannt machen und ließen einen Hagel von Fragen auf sie niedergehen: Habt ihr keine Meinung dazu? Wofür tretet ihr als SPD-Mitglieder ein? Seid ihr nicht gegen das neue Ausländergesetz?

Wir sind Jungsozialisten. Wir unterstützen, daß die Partei sich öffentlich gegen aufkeimende Ausländerfeindlichkeit stark macht. Wir nehmen unsere Partei beim Wort, wenn wir auf der

Straße für Mitbestimmung der ausländischen Kollegen argumentieren. Wir erklärt ihr euch diesen Widerspruch?

Was denkt ihr, sollen wir unseren türkischen Kollegen sagen? Erklärt, wie ihr einerseits gegen Ausländerfeindlichkeit seid und unter der Hand Abschiebungen durchführt. Die Kollegen stehen vor euch und wollen Antworten, usw. Sie sahen ein, daß wir entschlossen waren zu bleiben.

Dann wurden Transparente entrollt,



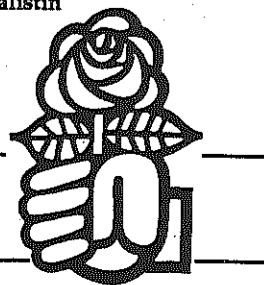
Die SPD muß kompromißlos gegen Ausländerfeindlichkeit vorgehen - gerade da, wo sie selbst regiert.

die Presse kam, notierte, fotografierte, ging und kam wieder. Neue Politiker brachten neue Versprechungen und Beteuerungen vor. Wir ließen nichts gelten außer dem stichfesten Beweis, daß Hüsesein nicht abgeschoben würde. Nach ca. 5 Stunden teilte uns der Sprecher des Petitionsausschusses (letzte Instanz, eine Entscheidung umzukehren) mit, daß alle SPD'ler (die die Mehrheit haben) im Senat für eine erneute Bearbeitung des Falles stimmen würden.

Man könne höchstwahrscheinlich eine Anerkennung des Asylantrages Hüseins bewirken. Auch hätten sie bereits mit der Haftanstalt telefoniert und veranlaßt, daß Hüsesein vorläufig nicht abgeschoben werde. Die türkischen Kollegen bewirkten im Anschluß noch die unmittelbare Haftentlassung Hüseins. Die Presse registrierte Personen und Aussagen. Im September kommt der Fall erneut zur Verhandlung. Wir werden sicherstellen, daß sich die SPD-Verantwortlichen an ihre Aussagen halten. Wir haben gezeigt: Durch die SPD können wir einiges erreichen.

Alexandra Grundmann, Hamburg
Jungsozialistin

... mach' mit bei den Jusos!



Nahost-Konflikt

Explodiert das Pulverfaß?

Der Einsatz der US-amerikanischen und anderen Streitkräfte im Nahen Osten ist ein klassisches Beispiel von Imperialismus. Die Industriestaaten sehen ihre Marionetten bedroht, die Kontrolle über „ihre“ Rohstoffquellen in Arabien ist gefährdet. Um ihre materiellen Interessen in dieser entfernten, aber wichtigen Region zu bewahren, schicken sie im „guten alten“ Stil die Kanonenboote.

Die Irakis haben einen Staatschef, der den Konzernen der USA und Europas nicht gefällt. „Saddam Hussein ist doch ein Diktator!“, protestieren die US- und die europäischen Regierungen. Die Kuwaitis, Saudis usw. haben auch Diktatoren, aber die gefallen Exxon, BP, Ford und Daimler gut. Denn sie verkaufen ihr Öl billig.

Sollte diese Expedition zum offenen Krieg führen, werden abertausende arabische Soldaten und Zivilisten mit ihrem Leben, die arabischen und asiatischen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit oder noch schlimmerer Ausbeutung und Armut, die Palästinenser mit weiterer Vertreibung aus ihrer Heimat bezahlen. Dagegen haben wir im Westen nur noch die Heuchelei zu ertragen. Aber die stinkt schon zum Himmel. Denn wie eh und je verdecken die imperialistischen Mächte ihre nackte Aggression hinter moralischen Phrasen wie „Demokratie“, „Souveränität“, sogar „Menschenrechte“ und laut Bush „the american way of life“!

Jahrzehntlang unterstützten alle westlichen Regierungen Iran als Helfsheriff im Golf. Die Diktatur des Schah wurde durch einen Militärputsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung (die die Ölindustrie verstaatlicht hatte) mit aktiver Unterstützung des CIA an die Macht gebracht und hochgerüstet. Es gab keine Demokratie: Politische Gegner wurden von dem Geheimdienst „SAVAK“ systematisch gefoltert, umgebracht oder ins Exil verbannt. Diese Menschenrechtsverletzungen wurden von den westlichen Verbündeten schlichtweg dementiert oder verharmlost.

Irak

Nach der iranischen Revolution setzten die USA ihr Geld auf den Irak und freuten sich über den Golfkrieg, denn der Irak verhinderte die Ausdehnung der Revolution auf Arabien und rettete die Ölscheichs. Die USA leisteten Saddam Hussein heimlich Militärhilfe,

Dokumentarfilm darüber wurde auf Befehl Thatchers zurückgezogen, weil der Despot sich beleidigt fühlte. Diese brutale, mittelalterliche Monarchie wird von westlichen Regierungen immer als „gemäßigt“ bezeichnet. Abgesehen von ihrem Ölpreis – was könnte an ihr gemäßigt sein? Die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) schreibt: „Bis auf den Jemen werden alle Staaten der arabischen Halbinsel von Familiendynastien beherrscht. Stammesfürstentümer wäre eine leidlich korrekte Beschreibung dieser Staatsformen.“

„Aber der Irak benutzt Giftgas“, sagen Bush und Kohl. Und wer, bitte schön, hat Agent Orange (Entlaubungsmittel) in Vietnam benutzt? Welches Industrieland hat die Anlagen – nicht nur für Giftgasproduktion, sondern auch

trotz offizieller Neutralität. Der ausschlaggebende Sieg Iraks im Krieg gegen Iran, die Eroberung der Halbinsel Fao am 18. April 1988, wurde mit US-



Ankunft von US-Soldaten in Saudi-Arabien.

amerikanischer Beratung errungen.

Kaum zwei Jahre später entdeckt Bush, daß Hussein ein zweiter Hitler sei! Kann man danach wirklich irgend-einer Äußerung von Bush glauben?

Die Schützlinge der westlichen Regierungen sind einfach barbarisch. In Saudi-Arabien werden Dieben (nur den kleinen) die Hand abgehakt. Frauen werden wie Sklaven unterdrückt. Vor ein paar Jahren wurde eine Frau auf Befehl des König Fahd wegen Ehebruch öffentlich zu Tode gesteinigt. Ein BBC-

für andere militärische Anlagen – gebaut? Viele Konzerne der deutschen Bau- und Metallindustrie haben ein riesiges Geschäft in den letzten 15 Jahren mit dem Irak gemacht.

„Legitim“

Bush und Thatcher sprechen von der Legitimität (d.h. Berechtigung) des kuwaitischen Staates. Doch gar kein Staat auf der Halbinsel ist legitim. Deshalb können sich die herrschenden Milliardäre den Luxus politischer Freiheit und

Demokratie nicht leisten. Alle einzelnen Staaten sind künstliche Geschöpfe des Imperialismus, wie selbst ihre Staatsgrenze beweisen: gerade Linien, willkürlich durch den Sand der Wüste gezogen, die nichts mit irgendeiner sozialen Entwicklung zu tun haben.

Kuwait wurde vom britischen Reich als Haltestelle auf dem Weg nach Indien gegründet. Die jetzt vom Irak vertriebene Sabah-Dynastie wurde vom britischen Außenministerium ernannt. Das ist ihre Legitimität! Die genauen Staatsgrenzen in der Region definierte allein Großbritannien in den 20er Jahren. Kuwait wurde sowohl vom südlichen Irak getrennt, dem es im osmanischen Reich traditionell angehörte, aber auch von dem gerade sich herausbildenden Saudi-Arabien.

Die Sabah-Familie ist also immer ein Anhängsel Londons gewesen. Auch nach der rein formellen „Unabhängigkeit“ 1961 blieb der Filialleiter auf die Zentrale angewiesen. Ohne die Royal Navy, und jetzt die US-Marines, wäre diese künstliche Gestalt nicht lebensfähig gewesen.

Heute besteht diese Ölquelle, die die Briten ein Land nennen, aus einer privi-

höhere Öleinnahmen angewiesen. Doch mehrere Male in den letzten Jahren haben die westlichen Vasallen Saudi-Arabien und Kuwait solche Abkommen sabotiert. Sie können es sich leisten – diese bevölkerungsarmen Länder schwimmen in Öl und Geld. Beim irakischen Einmarsch in Kuwait ging es hauptsächlich darum, den neuen Zielpreis von 25 Dollar pro Barrel (159 Liter) zu schützen und Kuwait damit zu zwingen, Iraks Kriegskosten mitzufinanzieren. Natürlich ist dies ein Raubkrieg Husseins: Der kleine Räuber wendet sich gegen den großen Räuber.

Beim Einmarsch der USA geht es darum, „ihr“ Öl zu einem billigen Preis zu schützen. Als Bush sagte: „Eine Marionettenregierung in Kuwait ist nicht akzeptabel“, meinte er: Nicht eure, sondern unsere Marionettenregierung ist legitim.

Kein Sozialist kann diesen imperialistischen Kreuzzug unterstützen, auch wenn er sich „Friedensmission“ oder sonstwie nennt und im Namen der UNO geschieht. Bush und Thatcher haben schon aus dem UNO-Handelsembargo eine Blockade gemacht und auf Schiffe geschossen, auch als Peres de Cuellar erklärte, sie hätten kein Recht dazu. Doch diese Piraten werden entweder die entsprechende Rechtfertigung durch eine UN-Resolution organisieren, oder die alte so interpretieren, wie sie sie brauchen. Wann haben sich denn Thatcher, Bush und die israelische Regierung durch UN-Resolutionen vom Krieg abhalten lassen?

Sozialisten können aber auch weder die Gangsterbande in Bagdad noch die in Kuwait unterstützen. Zwar werden beide Länder vom Imperialismus ausgebeutet, sie handeln aber gleichzeitig selbst imperialistisch.

Das Volk unterstützen!

Kuwait besitzt mindestens 100 Mrd. Dollar im Ausland, um die 50 Mrd. in Aktien und Immobilien. Es ist der größte ausländische Investor in Spanien, kontrolliert 20% des dänischen und 12% des schwedischen Benzinmarktes, besitzt Immobilien in New York, London und Frankfurt/Main, einen Ölkonzern in Kalifornien und Raffinerien in Dänemark und den Niederlanden. 14% von Daimler, 20% von Hoechst und große Anteile von Asko und Deutscher Bank gehören Kuwait. Also bitte keinen Quatsch von wegen „kleines, armes Kuwait“! Inzwischen „verdienen“ die Scheichs dort mehr durch ihre Kapital- als durch ihre Ölexporte.

Irak wird von Saddam Hussein als Speerspitze der arabischen Revolution dargestellt, die Annexion Kuwait als erster Schritt zur Vereinigung der arabischen Nation. In Wahrheit will Hussein nur seine Diktatur halten bzw. ausdehnen. Seine Herrschaft war bisher ein einziges außenpolitisches Abenteuer (oft die letzte Rettung eines isolierten Diktators) als Ablenkung von den sozialen Problemen der irakischen Massen. Dies war mit ein Grund für die Kriege gegen Iran und Kuwait.

Nur die arabischen Arbeiter und Bauern können mit all diesen Diktatoren fertig werden. Statt auf diese Claque oder auf Bush und Thatcher zu setzen müssen SPD- und Gewerkschaftsmitglieder den Sturz der Regime durch das Volk unterstützen. Für Demokratie, nationale Vereinigung und echte Unabhängigkeit vom Imperialismus durch eine Revolution der Arbeiter und Bauern! Die Bevölkerung muß Boden, Ressourcen und Industrie in ihrem Besitz und unter ihrer Kontrolle haben.

Dieses Programm könnte zu einem schnellen Ende Saddams Husseins führen. Aber die „demokratischen“ Politiker der NATO-Länder können ein solches nicht unterstützen, denn die Interessen der Menschen dieser Region stehen im Gegensatz zu den ihrigen. Außerdem haben die Imperialisten zu recht überhaupt keine Glaubwürdigkeit unter den Arabern. Deshalb werden die westlichen „Friedensbotschafter“ versuchen, Hussein auf Kosten des Volkes zu stürzen. Die Kosten dafür sind enorm: Die irakische Bevölkerung wird durch die Blockade hungern. (Ist es ihre Schuld, daß sie von einem Diktator beherrscht wird?) Soldaten und

USA als Weltpolizist? Wer hat ihn gewählt?

Die amerikanische Kriegsflotte stellt sich angeblich gegen den Irak, um die „Souveränität eines unabhängigen Staates“ zu schützen, stellvertretend für die „Weltgemeinschaft“. Aber wer wählte diesen Sheriff? Warum ist es ein Verbrechen, wenn ein Land in ein anderes einmarschiert und die Regierung stürzt, aber legitim, wenn die USA das Gleiche in Grenada oder Panama tun?

Um angeblich einen Drogen-Dealer in Panama zu verhaften (General Noriega), erschossen die US-Truppen 7000 unschuldige Menschen, zehntausende wurden schwer verletzt. Bei der Invasion ging es aber in Wahrheit nicht darum, daß die Demokratie vor der Drogenkriminalität geschützt werden müsse. Die Jahre zuvor verdiente Noriega pro Jahr 200.000 Dol-

lar als CIA-Agent, trotz (oder wegen?) seiner Drogengeschäfte. In dieser Zeit retteten ihn die USA einmal, nachdem er eine Frau in Peru vergewaltigt und zusammengeschlagen hatte.

Bei der Panama-Invasion ging es nur um amerikanische materielle Interessen, nämlich um den Panamakanal. Nach der Intervention und der Verhaftung Noriegas stellte Bush als erstes einen neuen Präsidenten ein, feuerte 2000 Beamten der Staatsapparate wieder unter us-amerikanische Kontrolle, verhaftete viele Gewerkschaftsfunktionäre und säuberte 150 Journalisten, die Noriega-Gegner waren, aus den Medien hinaus.

24 Stunden nach dem Einmarsch in Kuwait erklärte Bush, er würde das

besetzte Gebiet befreien, aber in 24 Jahren hat die US-Regierung nichts gegen die israelische Besetzung des West-Jordanlandes, Gazas und Golans getan. Bush erklärt sich gegen die Annexion der kuwaitischen Ölquellen, akzeptiert aber die Annexion Ost-Jerusalem, was auch nicht „im Geist der UN“ war.

Warum unternahmen 1974 die amerikanischen und britischen Kriegsschiffe nichts gegen die türkische Invasion in Zypern? 40% der Insel sind heute noch besetzt, aber die Türkei wird nicht kritisiert. Was ist der Unterschied? Die Türkei ist auf „unserer Seite“ – sie ist ein NATO-Mitglied.

Den Irak mobilisiert. Welch ein Spektakel: Irak steht mal in Konflikt mit Iran, mal mit der Türkei, aber alle drei Rivalen arbeiten zusammen bei der brutalen Unterdrückung der Kurden. Über deren Menschenrechte schweigt die „Weltgemeinschaft“ diplomatisch.

legierten Schicht von 2000 Milliardärsprinzen der königlichen Familie und 650.000 anderen „Kuwaitis“, bei einer Bevölkerung von 1,8 Millionen. Nur 60.000 der Kuwaitis haben das Wahlrecht, aber das nutzt ihnen auch nichts, denn Sabah hat das Parlament 1976 und nochmals 1985 einfach aufgelöst. Zitat SZ (10.8.90) zu den Zuständen in Kuwait und den Golfstaaten: „Es wäre kaum übertrieben, von einer Art moderner Sklavenhaltergesellschaft zu sprechen.“

Mit enormem Aufwand (es kostet die USA 1,9 Mrd. \$ pro Monat) setzt die militärische Expedition die bewährte Strategie der britischen Kolonialpolitik in dieser Region fort, indem sie kleine, reaktionäre Königreiche ins Leben ruft und stützt, die sonst gegen Opposition von außen und innen schutzlos wären. Der Sinn ist, die Ölreserven von den dichterbesiedelten arabischen Ländern zu trennen, um dadurch die Kontrolle über Ölförderung und Preise zu erhalten.

Räuber gegen Räuber

Der Preisverfall der Rohstoffe, die die entwickelten Industrieländer aus den exkolonialen Ländern importieren, ist ein wesentlicher Grund für den Aufschwung in den USA, Europa und Japan in den letzten Jahren gewesen. Es gab und gibt eine riesige Umverteilung des Reichtums von der „3. Welt“ in den Norden. Den kapitalistischen Großmächten wird in den kommenden Jahren in Form von Revolution, Krieg und Instabilität in diesen von ihnen ausgesaugten Ländern die Rechnung präsentiert werden.

Nach acht Jahren Krieg und mit 80 Milliarden \$ Schulden ist der Irak auf

Nahost-Konflikt

Zivilisten auf beiden Seiten werden sterben. Die Wirtschaft Iraks wird zurückgeworfen. Die riesigen Summen des militärischen Einsatzes werden von der Arbeiterklasse in jedem Land durch Preis- und Steuererhöhungen bezahlt.

Perspektiven

Zuerst bedeutet dieser Truppeneinsatz eine Stärkung des Imperialismus. Nach ihrer erniedrigenden Niederlage gegen die vietnamesische Revolution versucht Bush jetzt den starken Mann zu spielen, um die Vorherrschaft der USA in der Weltpolitik deutlich zu machen. Im Moment hat er auch Unterstützung in der Bevölkerung und nutzt die Krise als Ablenkung

von der Stagnation der Wirtschaft, aber das kann sich schnell ins Gegenteil wenden.

Rein militärisch betrachtet könnten die USA durch Luftangriffe und eine Invasion Irak besiegen. Aber dann fangen die politischen Probleme an. Was wäre die Reaktion der arabischen Massen auf die unvermeidliche Zerstörung und das Leiden? Welche Zukunft hätte ein durch die Amerikaner an die Macht gebrachter Staatschef? Die Massen werden sich vor allem an den arabischen Herrschern wie Mubarak und Fahd rächen, die Seite an Seite mit (in Wirklichkeit unter) Bush gegen Irak kämpften.

Die Kollaboration einiger arabischer Staatschefs mit den verhassten Imperia-

listen schürt die Wut und Empörung der Massen. Besonders König Hussein in Jordanien befindet sich in einer für ihn ausweglosen Situation, da die Bevölkerung in erster Linie vom Haß auf die USA geprägt sind. Dort leben viele Palästinenser.

Israel und Palästinenser

Bush tut alles mögliche, seinen eigenen Vorposten Israel zurückzuhalten. Wenn Israel jetzt die „Gunst der Situation“ ausnutzen würde, Irak oder Jordanien anzugreifen, würden alle Araber - vom Atlantik bis zum Golf - eine Front aus Zionisten, Imperialisten und ihren Lakaien gegen sich sehen. Mubarak und andere müßten sich dann

zurückziehen oder sie würden einer Revolte gegenüberstehen. Egal, wie der militärische Ausgang dieses Konfliktes aussehen wird, wird er eine große Auswirkung auf das Bewußtsein der arabischen Massen in allen Ländern haben.

Die Palästinenser fühlen sich nochmals verraten und verkauft. Zum ersten Mal seit Nasser (früherer Staatschef von Ägypten) hat ein arabischer Staatschef demonstrativ - in Auseinandersetzung mit dem westlichen Imperialismus - von ihrer Sache und von arabischer Vereinigung gesprochen, auch wenn er dies zynischerweise aus Eigennutz tut. Seit drei Jahren erleben wir in den von Israel besetzten Gebieten die Intifada, den Aufstand des palästinensischen Volkes.

Ein Krieg von Israel gegen die arabischen Nachbarn ist in den kommenden Jahren durchaus möglich. Israels Absicht wird sein, die radikalisierte Massenbewegung der Palästinenser in Israel selbst, in den besetzten Gebieten und in Jordanien unter dem Vorwand einer auswärtigen Gefahr niederzuschlagen.

Die Spannungen werden wegen wirtschaftlicher Probleme (eine Weltwirtschaftsrezession wird Israel besonders hart treffen) zunehmen. Der Druck zusätzlicher jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion (es könnten bis zu einer Million Menschen werden) wird die herrschende Klasse Israels zu einer noch aggressiveren Politik treiben. Die Regierung schickt die Einwanderer heute schon zur Ansiedlung in die besetzten Gebiete.

Es gibt also keinen Ausweg für die kapitalistischen Mächte aus der von ihnen verursachten Instabilität des Nahen Ostens. Das Pulverfaß wird in naher Zukunft explodieren.

Die Kreml-Bürokratie hat jetzt eine besonders schmutzige Rolle gespielt. Wie Frankreich und die USA hat die Sowjetunion Irak bewaffnet. Seit 1972, als die westlichen Ölmultis irakisches Öl wegen der Verstaatlichung der Industrie boykottierten, kaufte die Bürokratie dieses Öl zum Weltmarktpreis und unterstützte Saddam Hussein. Nun läuft ein großer Teil der Bürokratie zum Kapitalismus über und wirft sich den Marktwirtschaften zu Füßen. Um sich jetzt hoffähig zu machen, gibt Gorbatschow den USA freie Hand. Der Stalinismus wird den arabischen Massen als (Schein-)Alternative nicht zur Verfügung stehen. So ist als Gegenreaktion eine Stärkung des islamischen Fundamentalismus in nächster Zeit durchaus möglich.

Diese Krise legt offen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, die Marktwirtschaft würde zu Weltfrieden, Abrü-



Palästinenser demonstrieren für Saddam Hussein und gegen die USA.

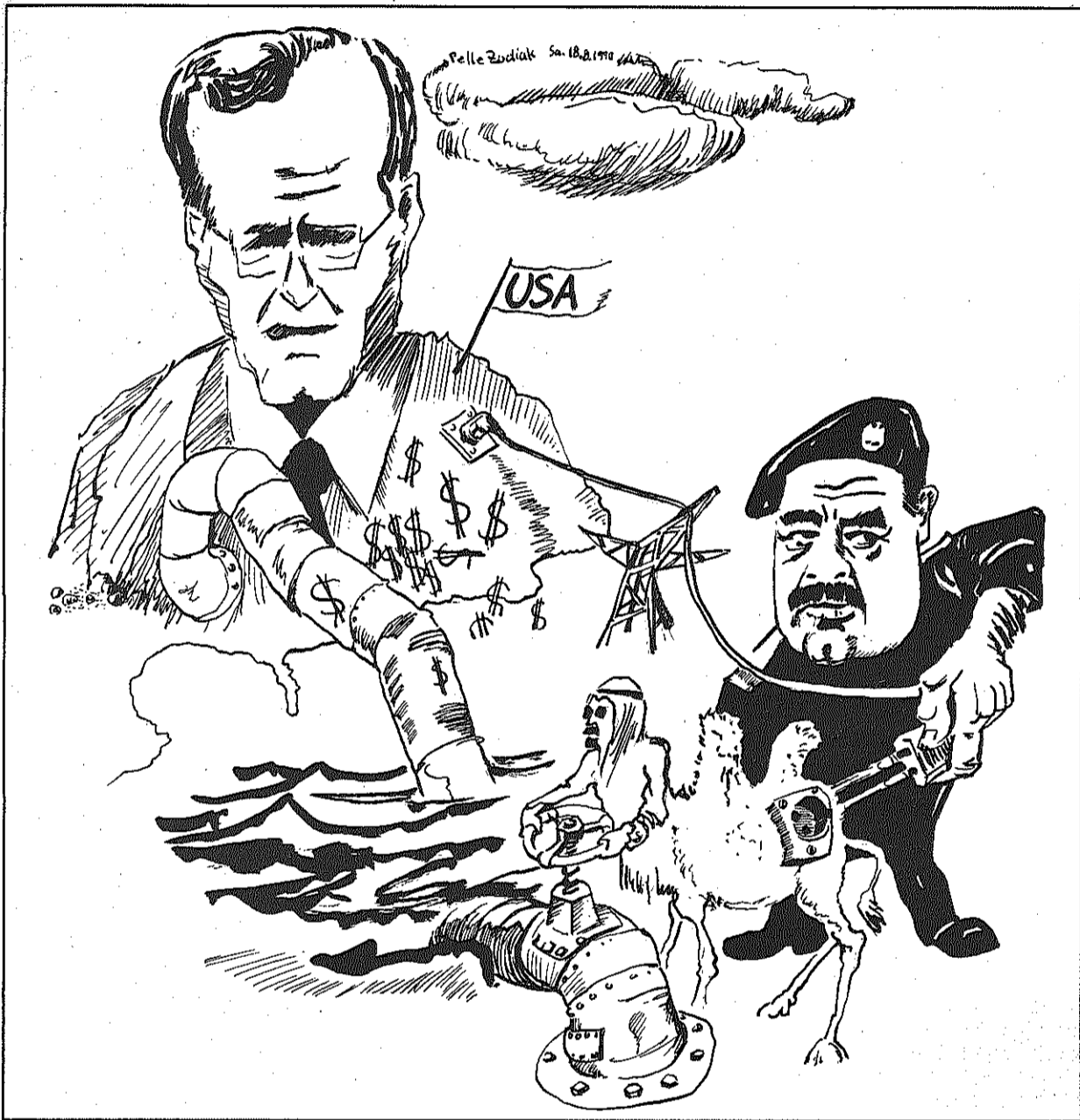
stung, Stabilität und Fortschritt führen - jetzt, da der Stalinismus untergeht. Die kapitalistische Ausbeutung der „3. Welt“ hat zuviel Sprengstoff angehäuft. Jetzt intervenieren die führenden kapitalistischen Länder zusammen gegen die „3. Welt“, aber die Herausbildung von drei Blöcken - EG, unter der Fuchtel der BRD, USA und Japan - kündigt künftige Konflikte zwischen den konkurrierenden Mächten in Zeiten von Wirtschaftskrisen an.

Was ist die Rolle des deutschen Imperialismus dabei? Gleich, ob es die Kohl-Regierung jetzt schon wagt, deutsche Kriegsschiffe direkt ins Krisengebiet zu schicken, ab heute müssen wir uns darauf einrichten, daß die deutsche Bourgeoisie eine stärkere politische und damit auch militärische Rolle in der Weltpolitik spielen will. Die jetzigen Diskussionen um den Einsatz der Marine sollen uns an den Gedanken schon mal gewöhnen!

Wir sind selbstverständlich gegen die Geiselnahme von Deutschen und anderen Ausländern in Kuwait und Irak, aber sie werden als Vorwand für die Intervention zynisch benutzt. Ein Militäreinsatz gefährdet sie erst recht. Tagelang haben sich die deutschen sowie die anderen Botschaften in Kuwait überhaupt nicht um ihre Staatsbürger gekümmert. Zwei Tage gab es überhaupt kein Hindernis zur Flucht nach Saudi-Arabien, aber die westlichen Botschaften berieten sie immer noch zum Bleiben! Sozialisten müssen die imperialistischen Ansprüche der Bundesregierung bekämpfen. SPD und DGB müssen gegen den Einsatz deutscher Kriegsschiffe auch im Mittelmeer protestieren und mobilisieren. Wehret den Anfängen.

(22.8.1990)

Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied



Hintergrund der Nahost-Krise

Der Nahe Osten ist zwar eine rückständige Region, hat aber eine enorme Bedeutung für die entwickelten Industriestaaten wegen seiner geostrategischen Lage und seines Erdöls. Ohne diese Energiequelle ist die westliche Industrie nicht überlebensfähig.

Die Araber haben schon eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Weltwirtschaft gespielt, und zwar als Wegweiser der Schifffahrt und des internationalen Handels (das Wort „Orientierung“ deutet den morgenländischen Ursprung an), aber da sie den Sprung zur Industrieproduktion nicht schafften, wurden sie von anderen überholt und zur Fremdherrschaft verdammt. Während ihrer 300jährigen Knechtschaft unter dem osmanischen Reich zerfiel ihre Kultur, aber am Anfang dieses Jahrhunderts entwickelten sie ein nationales Bewußtsein.

Das wurde während des ersten Weltkrieges von den britischen und französischen Kriegsgegnern der Osmanen (Türken) ausgenutzt. Sie versprachen den Arabern Hilfe in deren Kampf um Unabhängigkeit. Nach dem Sieg aber zeigten der französische und britische Imperialismus ihr wahres Gesicht - sie teilten die ganze Beute unter sich auf. Die zynische Po-

litik von „Teile und Herrsche“ schon damals - Zionisten wurde erlaubt, in Palästina einzusiedeln, Konflikte zwischen Christen und Moslems im Libanon wurden geschürt - hat in den vielen Konflikten innerhalb und zwischen all diesen Ländern heute ein verheerendes Erbe hinterlassen.

Eigentlich gibt es ein arabisches Volk und es ist eine historische Aufgabe, diese Nation zu vereinen, die Probleme nationaler und religiöser Minderheiten zu lösen, die Region nicht nur formal, sondern auch wirtschaftlich von der imperialistischen Herrschaft zu befreien und die Wirtschaft harmonisch weiterzuentwickeln.

Trotz des Drucks der Massen sind alle Versuche, die arabische Nation zu vereinen, an der Machtgier der verschiedenen Regimes gescheitert. Da die Bourgeoisie zu schwach und von den Imperialisten abhängig war, entstanden Bewegungen im Staatsapparat, unter den Armeeeoffizieren und den Staatsbeamten, die für eine Modernisierung des jeweiligen Landes und verstärkte Unabhängigkeit eintraten. Dadurch entstanden bürgerliche Diktaturen, die versuchten, eine national-kapitalistische Entwicklung ihrer Länder trotz der Unfähigkeit der ein-

heimischen Kapitalisten zu entfachen.

In Ägypten z.B. stürzte eine Gruppe junger Offiziere um Nasser 1952 den König Farouk, der ein Anhängsel Großbritanniens war. Als die Regierung den Suezkanal verstaatlichte, antworteten GB und Frankreich mit einer typisch imperialistischen Reaktion: Militärintervention.

Damals ging es um den Kanal, heute um das Öl. Durch seine Teilnahme an dieser Invasion entblößte auch Israel seine Rolle im Nahen Osten als Bollwerk der Imperialisten gegen die arabische Revolution. Als die westlichen Regierungen und Bankiers dann ihre Kredite für den Bau des Aswan-Staudammes zurückzogen, wendete sich Nasser an die Sowjetunion, und nach dem Angriff von Israel 1967 war er sogar bereit, mit dem Kapitalismus zu brechen und einen Arbeiterstaat zu errichten - gewiß, nach dem Moskauer Muster, ohne sozialistische Demokratie und mit einer privilegierten, bürokratischen Elite, aber wenigstens mit der Möglichkeit, die Wirtschaft im Interesse des Landes zu entwickeln. Aber die konservative Kreml-Bürokratie hielt ihn von diesem Schritt zurück, weil das internationale Kräfteverhältnis nicht „gestört“ werden soll-

te. So pendelte Ägypten unvermeidlich wieder zurück zum Westen. Unter Sadat und Mubarak wurde ein Großteil der Industrie wieder privatisiert und die Klassegegensätze zwischen Arm und Reich immer deutlicher.

1965 ging der revolutionäre Prozeß in Syrien am weitesten. Als ein Regime aus linken Offizieren versuchte, ein ähnliches Programm wie das von Nasser durchzuführen und sich von einer rechten Clique bedroht sah, versuchte es verzweifelt, seine Haut zu retten. Es mobilisierte die Arbeiter und Bauern. Gewerkschafter bewaffneten sich und zehntausende arme Bauern marschierten auf Damaskus. Als Ergebnis dieser Revolution wurde der bürgerliche Staatsapparat zerstört. Das Regime brach mit dem Imperialismus und suchte Hilfe bei der über-raschten sowjetischen Bürokratie.

Obwohl Israel '67 seine modernsten Waffen gegen Syrien konzentrierte, um das Regime zu zerstören, konnte es sich nochmal durch eine Massenmobilisierung bewaffneter Arbeiter und Bauern retten. Deshalb bleibt Syrien der Erzfeind der Großmächte und Israels, als gefährliches Beispiel für die anderen arabischen Länder.

Kein Herrscher im Nahen Osten -

weder die reaktionären Monarchen und Militärdiktatoren noch die bürgerlichen Demokraten, noch die stalinistische Bürokratie in Syrien - ist bereit, seine Macht und „seinen“ Reichtum im Interesse des arabischen Volkes zu opfern. Nicht einmal zur Zusammenarbeit gegen die Ausdehnung der Wüste, oder zur Planung der sinnvollen Förderung der Ölreserven sind sie fähig.

Die Arbeiterbewegung muß diese Aufgaben erfüllen, durch eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens, die Autonomie für Israel, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung sowie Schutz der Rechte aller Minderheiten garantieren könnte.

Der Reichtum und die Ressourcen der Region müssen vom Griff dieser parasitären Eliten befreit werden und durch die demokratische Kontrolle und Planung der Arbeiter und Techniker zur Weiterentwicklung der Wirtschaft verwendet werden. Das wäre die Grundlage einer gerechten Verteilung des Reichtums unter der gesamten Bevölkerung. Unzählbare Summen werden im Ausland und für Aufrüstung vergeudet, das kostbare Öl wird verschleudert. Eine sozialistische Föderation könnte diese Unsummen in die Forschung umleiten, um die Landwirtschaft und Industrie zu entwickeln. Die Wüste könnte buchstäblich aufblühen.



Internationales

Nahost-Krise und ökonomische Folgen Wohin geht die Weltwirtschaft?

„Eine Utopie ist Realität geworden. Das, was wir gewünscht und erträumt haben, ist Wirklichkeit geworden. Der Kommunismus verschwindet. Die Marktwirtschaft dringt überall vor. Bis vor kurzem bestimmte die Angst vor dem Reich des Bösen die amerikanische Außenpolitik. Jetzt leben wir in einer anderen Welt.“ Das sagte der Ex-Außenminister der USA, Henry Kissinger Ende Juni vor 2000 hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Kissinger wurde 1973 der Friedensnobelpreis verliehen wegen seiner Diplomatie im damaligen Nahostkrieg. Sieben Wochen nach seiner salbungsvollen Rede in Hamburg: Der Irak führt eine Blitzkrieg gegen Kuwait. Die USA unternehmen die größte Truppenmobilisierung seit dem Vietnamkrieg. An den Börsen von Tokio, New York und Frankfurt purzeln die Kurse. Der Dollar stürzt auf einen historischen Tiefstand. In der DDR verbreitet der Urknall der Marktwirtschaft eine soziale Druckwelle nach der anderen.

Das Gespenst der Rezession geht um. Was versteckt sich hinter diesem Gespenst? Antwort der sogenannten öffentlichen Meinung: der Ölpreis. Wie in den Weltwirtschaftskrisen 1974/75 und 1979/82 muß er als Erklärung für die Krise herhalten.

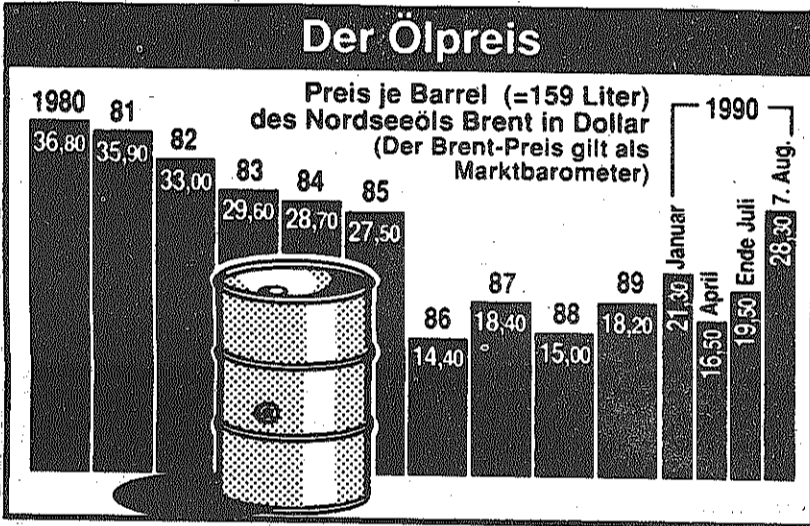
Der Ölpreis unterliegt wie jeder andere Weltmarktpreis den Gesetzen des Marktes. Das OPEC-Kartell ist nichts anderes als die anderen multinationalen marktwirtschaftlichen Kartelle der Welt, EG oder IWF. Wie international operierende Monopole als Kartell auftreten, haben die jüngsten Benzinpreiserhöhungen gezeigt. Obwohl sie für 30 Tage Vorräte haben und obwohl der Kursverfall des Dollar den Ölpreisverteuerungen für die BRD entgegenwirkt, kletterte der Benzinpreis an den deutschen Zapfsäulen auf Kommando der Ölmultis um 6 Pfennige. Keine Regierung der Welt hat ihnen deshalb den Krieg erklärt.

Ob ein Kartell gut oder schlecht ist, hängt offensichtlich davon ab, gegen wen es sich richtet. Wird mit ihrer Hilfe Reichtum von den armen Ländern auf die reichen umverteilt, sind sie gut. Versuchen 3. Welt-Länder den Verfall der Rohstoffpreise durch Kartelle aufzuhalten, sind sie schlecht. So einfach ist das.

Keinen Industriestaat interessiert, daß die Ölländer mit dem Erlös von 1 Faß Öl 1990 nur noch halb soviel Industriegüter importieren können wie 1980. Die BRD zahlt für ein Barrel (159 Liter) selbst nach der Preisexplosion nur halb soviel wie 1981.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die OPEC die westlichen Industriestaaten in der Hand hätte. OPEC-Staaten wie Kuwait oder Saudi-Arabien waren bzw. sind Marionetten des Westens. Und obwohl die OPEC-Staaten über 70 % der Welt-Ölreserven verfügen, kontrollieren sie heute nur noch 1/3 der Weltproduktion. 1979 kontrollierten sie noch die Hälfte.

Allein die Tatsache, daß der Ölpreis nach der jetzigen Preisexplosion noch immer niedriger ist, als zu Beginn des Aufschwungs (siehe Graphik) zeigt, daß er nicht die Ursache für eine Rezession sein kann.



Ohne den seit 1981 anhaltenden Ölpreisverfall hätte es in den hochentwickelten Industriestaaten ein viel geringeres Wachstum, wenn nicht schon eine Rezession gegeben. Die westlichen Industriestaaten haben sich ihren Aufschwung durch die OPEC und andere rohstoffliefernde Länder teilfinanzieren lassen. Die Länder der südlichen Hemisphäre waren die Verlierer des Booms. Die Konsequenzen sind unvermeidlich: soziale Katastrophen, Kriege, Bürgerkriege, Revolutionen.

Der Nahost-Konflikt ist ein Teil der Gegenrechnung, die aus den un-

terentwickelten Länder jetzt auf die Welt zukommt. Aber auch in den fortgeschrittenen Industriestaaten hat der Boom keine stabile Grundlage. Die Börsenkrachs von 1987, 1988 und jetzt haben seine empfindliche Schwäche zum Ausdruck gebracht.

Politische Krisen, wie die Krise im Nahen Osten, können eine Kettenreaktion auslösen, die die ganze Wirtschaft zum Absturz bringt.

USA

Die USA beziehen nur 10% ihres Öls aus Irak und Kuwait. Aber sie sind das wichtigste Land für die Weltwirtschaft. Ihre Konjunkturdaten zeigten bereits vor der Krise im Nahen Osten nach unten. 1/3 der Bundesstaaten der USA befindet sich bereits in einer Rezession. Die US-Wirtschaft wuchs im 2. Quartal 1990 nur um 1,2%. Das war das schlechteste Ergebnis seit der Rezession Anfang der 80er Jahre. Die amtliche Arbeitslosenrate stieg im Juli von 5,2 auf 5,5%.

Bei den amerikanischen Sparbanken gibt es eine Krise, die den Steuerzahler

empfindlich. Steigt der Rohölpreis nur um 1 Dollar pro Barrel, wird die US-Wirtschaft mit 6 Mrd. Dollar belastet.

BRD und Japan sollen die Lokomotive der Weltwirtschaft sein. Dies ist durch die jüngsten Entwicklungen in Frage gestellt.

Japan und BRD

Japan hat besonders nervös auf die Krise im Nahen Osten reagiert. Von dort kommen 2/3 seiner Ölimporte. 11% aus Irak und Kuwait. Der Nahe Osten ist ein wichtiger Exportmarkt für Japan. Allein in Kuwait sind durch das Embargo zwei Großaufträge im Wert von 3,5 Mrd. geplatzt. Der Irak sollte seinen 8 Mrd. DM hohen Schuldenberg

Bei den derzeit vorhandenen Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft, hängt viel von der weiteren Entwicklung des Ölpreises ab. Am Beginn der Preisexplosion auf fast 30 Dollar pro Barrel waren rein spekulative Faktoren im Spiel. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß der Preis wieder unter 20 Dollar fällt.

Theoretisch gibt es für die westlichen Industriestaaten Möglichkeiten, den Preis durch eine Erhöhung des Angebots zu senken. Es gibt riesige Überkapazitäten beim Öl. Allein 1989 wurden 50 Millionen Tonnen mehr gefördert als verbraucht.

Ölexportierende Staaten, die nicht den Irak unterstützen, könnten ihre



Die Konzerne sind sofort mit Preiserhöhungen dabei.

gegenüber Japan durch Öllieferungen abbauen. Das ist erst mal vorbei.

Deutsche Aktien waren beim Crash Anfang August mit am stärksten betroffen. In 4 Tagen verloren die Aktien 180 Punkte. Die deutsche Wirtschaft war in diesen Tagen nicht nur von der Nahost-Krise betroffen, sondern vom Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und dem politischen Chaos in den beiden deutschen Regierungen.

Die Arbeitslosigkeit ist im Juli zum erstenmal seit Januar angestiegen. Ölpreiserhöhungen, Dollarverfall und die Krise der DDR-Wirtschaft haben alle Rahmendaten verändert und zusätzliche Unsicherheitsfaktoren geschaffen.

Fällt das Wirtschaftswachstum niedriger aus, müssen die erwarteten Steuereinnahmen nach unten korrigiert werden. Der Dollar-Verfall schmälert den Bundesbankgewinn. Beides zusammen reißt weitere Löcher in den Staatshaushalt.

Fördermengen erhöhen. Irak und Kuwait produzieren nur 73% des weltweit geförderten Öls. Von den ölimportierenden Industriestaaten wird entsprechender Druck ausgeübt. Der kapitalistische Konkurrenzkampf bringt es mit sich, daß jedem Land das Hemd näher ist als der Rock. Selbst Großbritannien hat als ölproduzierendes Land gewisse Vorteile von einem höheren Ölpreis.

Ölreserven

In manchen Ländern könnten die Fördermengen enorm erhöht werden. Es fehlt „nur“ an Investoren in neue Förderanlagen. Die USA haben 600 Millionen Barrel Ölreserven. Damit könnten sie ihren Importausfall für 800 Tage ausgleichen. Doch sie sind weit davon entfernt, diese Reserve auf den Markt zu werfen.

Das gleiche gilt für die Ölmultis und ihre Vorräte. Optimistische Wirtschaftsexperten gehen davon, daß durch ein international koordiniertes Vorgehen von Lagerabbau und Fördersteigerung der Ölmarkt beruhigt werden kann.

Aber niemand glaubt, daß das Niedrigpreisniveau der letzten Jahre wieder erreicht werden kann. Und das allein bedeutet schlechtere Zeiten für die Weltkonjunktur. Hier zeigt sich: Der gegenwärtige Aufschwung ist so instabil, daß zum Beispiel die Entwicklung des Ölpreises den Marsch der kapitalistischen Welt in die Rezession auslösen kann.

Und das ganze Ausmaß der Krise im Nahen Osten ist noch nicht abzusehen. Politische Folgen zeichnen sich bereits ab. Die Propaganda vom wirtschaftlich und politisch stabilen Westen ist erschüttert.

Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied

Internationale Notizen

Dominikanische Republik

In der gesamten „3. Welt“ werden die Lebensbedingungen für die Bevölkerung immer schlechter. Der Fall der Rohstoffpreise in den 80ern, was die Konjunktur in den entwickelten kapitalistischen Ländern antrieb, und steigende Verschuldung führte zu verschärften Angriffen der Regierungen auf die Arbeiter und Bauern. In der Dominikanischen Republik kam es Mitte August zu einem zweitägigen Generalstreik gegen das Sparprogramm der Regierung, durch den das öffentliche Leben fast völlig zum Erliegen kam. Jugendliche begingen in ihrer Verzweiflung Plünderungen und legten Feuer auf der Straße.

Peru

Ebenfalls ein Sparprogramm der Regierung, das die Mehrheit der Einwohner weit unter das Existenzminimum bringen wird, führte

zu unbefristeten Massenstreiks und zum Generalstreik. Die Lage ist für die Arbeiter so katastrophal, daß die Gewerkschaften eine Verzehnfachung des Mindestlohns fordern. Das Kürzungsprogramm der Regierung kann zur Stilllegung von 70% der nationalen Produktion führen. Es gilt als sicher, daß die maoistische Guerilla „Leuchtender Pfad“ ihre Basis auf dem Land und in den Armenvierteln der Städte ausbauen kann.

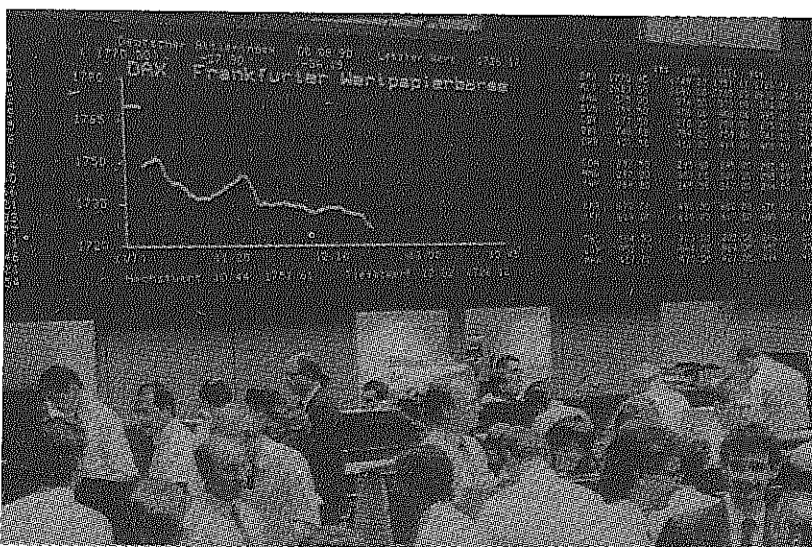
Honduras

Als „Bedrohung der Demokratie in Honduras“ bezeichnete Präsident Callejas die Besetzung des Geländes des US-Südfrüchtekonzerns Chiquita Brands International durch 4000 Arbeiter. Mit tausenden anderen streikten diese Arbeiter für Lohnerhöhungen und eine Anhebung des Mindestlohns. Unter dem Druck des Militärs beendeten die Arbeiter nach 41 Tagen den Streik. Der Mindestlohn wird um 25,4% angehoben.

500 Milliarden Dollar kosten wird. Wieder einmal mußte sich die Regierung den Kreditpielraum erhöhen lassen, weil sie sich am Rande der Zahlungsunfähigkeit bewegte. Die Verschuldung der Bush-Regierung im kommenden Haushaltsjahr wird bereits jetzt auf mindestens 230 Mrd. Dollar geschätzt. Ein neuer Rekord.

Die angekündigten Sparmaßnahmen im Rüstungshaushalt werden der Nahost-Krise zum Opfer fallen. Ohne daß ein Schuß fällt, kosten die US-Truppen in der Golfregion jeden Monat 500 Millionen Dollar. Neue Rüstungsprojekte werden geplant. So wurden jüngst vom Senat für den Bau des B2-Bombers 2 Mrd. Dollar genehmigt.

Nach dem Motto, was kummert mich mein Geschwätz von gestern, will Bush ausgerechnet durch höhere Steuern auf Benzin und Energie sein Haushaltsdefizit in den Griff bekommen. Nach der bereits erfolgten Energiepreiserhöhung wird er noch größere Schwierigkeiten haben, eine weitere Verteuerung des Sprits durchzusetzen. Eine Ölpreisverteuerung trifft die USA



Aktienbörse in Frankfurt am 8. August.

Großbritannien

Der Kampf gegen die Kopfsteuer

Ein Reisebericht

In den letzten Ausgaben von VORAN gab es mehrere Artikel zum Thema Poll Tax (Kopfsteuer) und deren Auswirkungen auf die englische Politik. Auch die bürgerlichen Medien konnten sich nicht mehr weigern, über die Poll Tax und Anti-Poll-Tax-Bewegung zu berichten. Aber ihre Berichte gaben ein völlig falsches Bild von der Lage in England wieder. So berichteten die bürgerlichen Zeitungen über die Anti-Poll-Tax-Demonstration am 31. März in London von nur 30.000-50.000 Demonstranten, obwohl mehr als 200.000 an diesem Tag auf den Beinen waren. Im letzten Jahr haben wir auf der VORAN-Veranstaltung „Zeigt Kohl die rote Karte“ Jungsozialisten aus Stoke-on-Trent kennengelernt, die uns nun dieses Jahr eingeladen haben, um an der Anti-Poll-Tax-Bewegung teilzunehmen. Vom 16.-30. Juni haben wir unseren Urlaub in Großbritannien verbracht.

Die erste Station unserer Reise war London. Unterkunft fanden wir bei englischen Jungsozialisten im Arbeiterstadtteil Hackney. Hackney gehört zu den ärmsten Stadtteilen Londons mit einer hohen Arbeitslosenquote und einem hohen Anteil an ausländischen Mitbewohnern. Hackney ist der zweitärmste Bezirk in ganz England. Die Stadtverwaltungen in England haben jetzt als einzige Geldeinnahmequelle die Poll Tax. Wenn sie also ihre sozialen Leistungen aufrecht erhalten wollen, müssen sie ihren Bürgern eine hohe Poll-Tax-Rate abfordern. In Hackney beträgt diese Rate 499 Pfund pro Jahr (1500 DM). Dies ist eine der höchsten Raten in ganz England.

Aber wer soll und kann diese Summe aufbringen? In einer indischen Familie, die wir besuchten, sagte man uns: „Wie soll ich mehr als 4000 DM aufbringen, als Arbeitsloser mit Frau und drei kleinen Kindern. Selbst wenn ich die Poll Tax bezahlen wollte, könnte ich es gar nicht.“ Und so ist es kein Wunder, wenn die offizielle Nichtzahlerrate bei 80% liegt. Aber die Anti-Poll-Tax-Unions (APTU) schätzen, daß es noch mehr Nichtzahler gibt.

Ein von der Stadtverwaltung organisiertes Stadtviertelfest bot der APTU eine willkommene Gelegenheit, über die Poll Tax und den Aufbau der örtlichen APTU's zu informieren. Viele Mitbürger traten an diesem Nachmittag in die APTU ein. Nach diesen ersten Eindrücken einer Massenbewegung gegen die Thatcher-Regierung fuhren wir nach Stoke-on-Trent.

Stoke-on-Trent, eine Industriestadt mit ca. 200.000 Einwohnern, liegt im Dreieck Liverpool, Birmingham und Manchester, die größtenteils durch Keramikfabriken (Potteries) geprägt wird. Am Abend unserer Ankunft nahmen wir an einer Vorstandssitzung der AP-

viewte mehrere der Anwesenden und sprach mit dem Vorsitzenden der APTU sowie mit uns. Die Ausstrahlung des Berichtes am nächsten Morgen im Lokalradio fand ein gutes Echo in der

ne kurze Rede zu halten. Wir erklärten unsere Solidarität mit der Bewegung und begründeten den Anwesenden, wieso wir dort waren.

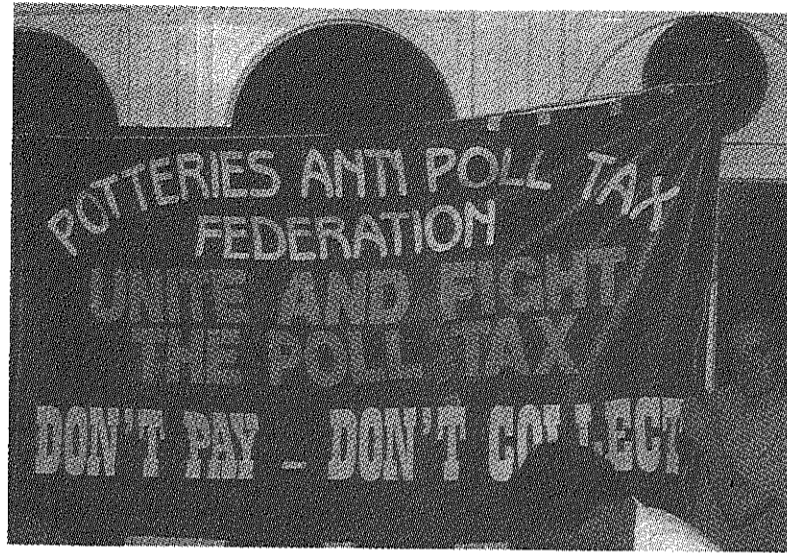
Thatcher ist immer noch Vorbild für

auch nur über Steuererhöhungen zu Lasten der Arbeitenden gemacht. Und daher ist uns die Anti-Poll-Tax-Bewegung ein Vorbild, wie man weitere Angriffe auf den Lebensstandard abwehren kann.

Beim Applaus der Delegierten und den Gesprächen mit den Betroffenen spürten wir, daß die Interessen der Arbeiter und der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer und ihre Regierungen nur auf internationaler Ebene lösbar sind.

Bevor wir nun zur Erholung in das schottische Hochland starten konnten, nahmen wir an der Konferenz der All-Britain-Anti-Poll-Tax-Federation für die britischen Gewerkschaften in Liverpool teil. Die Delegierten dieser Konferenz beschlossen mehrere Aktionen gegen die Poll Tax. So will man nun APTU's in den Betrieben organisieren und einen Protestmarsch gegen die Poll Tax durchführen. Dieser wird in Glasgow starten und am 20. Oktober mit einem „Festival against the Poll Tax“ in London enden. Wenn wir es schaffen, werden wir wieder dabei sein.

Christian Berners und Matthias Bürschgens Jungsozialisten aus Aachen



Transparent der „Anti-Poll-Tax-Federation“: „Zahlt nichts, treibt keine Steuern ein!“

Bevölkerung. Die lokalen Radiostationen sind zur Zeit die einzigen Medien neben MILITANT, die objektiv über die Anti-Poll-Tax-Bewegung berichten.

Internationale Solidarität

Neben den APTU's existiert auch eine Anti-Poll-Tax-Federation (ATPF), die sich aus den gewählten Delegierten der einzelnen APTU's zusammensetzt. Die ATPF organisiert die Arbeit auf Stadtebene. Auf einem Treffen der ATPF hatten wir dann Gelegenheit, ei-

die konservativen Regierungen im Westen, und wir sagten, daß eine Niederlage der Anti-Poll-Tax-Bewegung in Großbritannien nicht nur eine Niederlage der britischen Arbeiter wäre, sondern auch Startschuß für andere Regierungen, eine Kopfsteuer einzuführen. Zur Zeit wagt es niemand, dem englischen Beispiel zu folgen, da die Bewegung zu groß ist. So hat auch die australische Regierung auf die Einführung einer Kopfsteuer schon verzichtet. Die Finanzierung der deutschen Einheit wird

die lokale APTU Stoke teil, auf der uns Informationen über den Aufbau der Massenbewegung gegeben wurden.

Nachdem im April 1989 die Poll Tax zur Probe in Schottland eingeführt wurde, begann man auch in England mit dem Aufbau von Anti-Poll-Tax-Unions. Beim Aufbau dieser APTU's haben Marxisten in der englischen Labour-Party, um die Zeitung MILITANT, eine führende Rolle gespielt. (Siehe dazu den Artikel über die Kopfsteuer in VORAN Nr. 119 vom April 1990.)

Organisierung des Widerstandes

In den örtlichen APTU's kann jeder Mitglied werden, der dort wohnt, und an den wöchentlichen Sitzungen der Gruppe teilnehmen. Auf diesen Treffen sind zwischen 30 und 40 Personen jeden Alters anwesend. Dort wird über die Poll Tax im allgemeinen berichtet, und das Vorgehen der Gruppe im Kampf gegen die Poll Tax geplant. Die APTU gestaltet jede Woche auf dem Wochenmarkt einen Infostand, auf dem die Mitbürger informiert werden. Dabei sammelt sie Geld für die Bewegung und Unterschriften gegen die Poll Tax. So werden auch lokale Aktionen geplant und durchgeführt.

In Bradwell, einem Stadtteil von Stoke-on-Trent, probten die Mitglieder der APTU das Eintreffen eines Gerichtsvollziehers (Bailliff). Die englischen APTU's proben jetzt schon, wie man den Bailliff vom Haus des Nichtzahlers fernhalten kann. Die APTU verteilte in zwei Straßenzügen ca. 200 Flugblätter mit dem Aufruf, sich an der Aktion zu beteiligen. Auch die örtliche Rundfunkstation wurde von der Aktion verständigt. Als der angebliche Bailliff nun auftauchte, kam er nicht ins Haus, weil ihm 45 Personen den Weg versperrten. Die Reporterin des Rundfunks inter-

Beispiel Polen

Marktwirtschaft führt zur Katastrophe

Vom Regen in die Traufe - das ist die wahre Entwicklung für Länder wie Polen, die versuchen, der Stagnation der Kommandowirtschaft der stalinistischen Bürokratie durch die Marktwirtschaft zu entkommen. In der Öffentlichkeit reden die Bankiers und ihre Politiker über die „soziale Marktwirtschaft“, aber unter sich reden sie unverblümt vom Kapitalismus (alle folgenden Zitate aus der „Financial Times“ vom 15. August 1990).

Ihnen ist bewußt, daß das Profitsystem Reichtum für die „neue Elite“ bedeutet, die „eine sehr dünne Schicht am Gipfel der Gesellschaft“ darstellt. Alles auf Kosten der Mehrheit: „Die Staaten, die eine erfolgreiche Öffnung ihrer Wirtschaft für den Markt wollen, müssen ihren Bürgern große Opfer abverlangen. Je erfolgreicher sie sein wollen, desto größere Opfer müssen sie einfordern.“

Den polnischen Arbeitern wird oft ein „neues Schweden“ versprochen. Was wirklich auf sie zukommt, ist: „Ein rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit ist notwendig, um überflüssige Arbeiter aus der Staatsindustrie und der Verwaltung rauszuwerfen. Der Lebensstandard muß fallen - wahrscheinlich bis zu 15% in den nächsten zwei Jahren.“

Die Befürworter der Marktwirtschaft in der Arbeiterbewegung meinen, sie muß nur sozial abgedeckt werden. Doch den Chefs reicht das nicht, denn soziale Absicherung ist gegen die Logik ihres Systems: „Mr. W. Clataroff, ein Wirtschaftsexperte des US-Arbeitsministeriums und Berater der polnischen Regierung, betont ausdrücklich: Es muß strukturelle Arbeitslosigkeit geben. Sie sollte nicht als lästiges Nebenprodukt der Reformen betrachtet werden, sondern als Ziel!“

So ist der Lebensstandard in Polens erstem Marktjahr um 40% gesunken. Erst kam die Hyperinflation und dann die Massenarbeitslosigkeit, die schon 700.000 übertrifft und sich bald verdop-

pelt haben wird. Armut, Kriminalität, Drogen gehören zum Erscheinungsbild des heutigen Polen und zeigen die Perspektivlosigkeit der Jugend an.

Doch auch diese Opfer schaffen keine Stabilität und späteren Wohlstand, denn: „Wirtschaftswachstum ist nur noch eine Hoffnung für die Zukunft, denn ausländische Investoren gibt es selten.“ Und als neues „3.-Welt“-Land wird Polen auch keine stabile Demokratie werden, sondern wohl eine Diktatur. Lech Walesa berief sich einmal offen auf den Diktator Pilsudski, unter dessen Unterdrückung das polnische Volk zwischen den Weltkriegen zu leiden hatte.

Die polnischen Arbeiter hätten mehrmals in den letzten 20 Jahren die privilegierte stalinistische Bürokratie

entmachten und die Wirtschaft unter ihre demokratische Kontrolle bringen können, doch sie wurden durch mäßige Appelle der Intellektuellen und Kirche davon abgehalten. Diese retteten mehrmals die Bürokratie. Und heute, wo der Stalinismus zur Marktwirtschaft überläuft, arbeiten sie noch enger mit ihm zusammen.

Weder stalinistische Bonzen noch kapitalistische Bosse werden Interesse haben, den Lebensstandard der Bevölkerung zu entwickeln. Nur ein Netz von Räten in den Betrieben (ähnlich der Solidarnosc-Betriebsgruppen von 1980/81) könnte das Gemeineigentum an den großen Betrieben effizient für das Gemeinwohl verwalten. Wenn gewählte Arbeitervertreter keine Privilegien hätten und jederzeit abwählbar wären, könnte ein Zustand erreicht werden, wo die Arbeiter im Betrieb auch ein eigenes Interesse verspüren würden, gegen Schlendrian und Korruption vorzugehen. So kann die Produktivität gesteigert und der Lebensstandard verbessert werden.

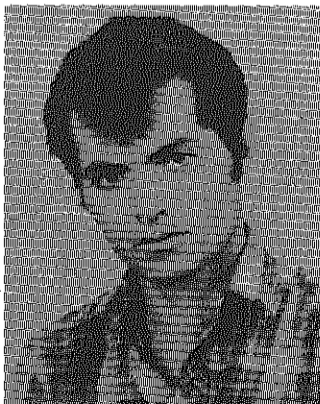
Brent Kennedy, Köln, SPD-Mitglied

Freiheit für Mahmoud Masarwa

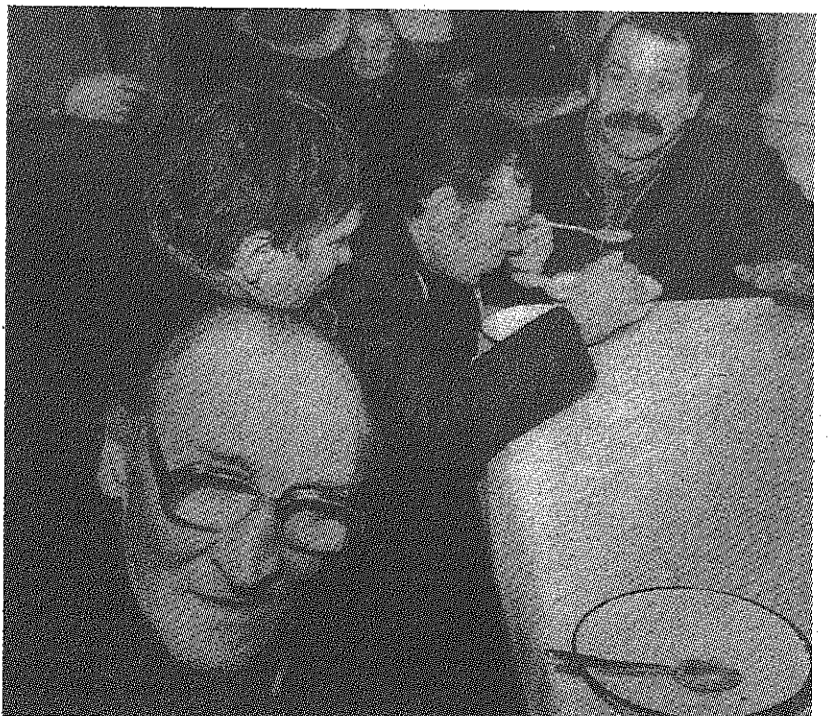
Hier ist ein Prüfstein für diejenigen, die die größte militärische Mobilmachung seit dem 2. Weltkrieg - den Aufmarsch der USA im Golf - mit dem Argument des „Schutzes der Menschenrechte“ rechtfertigen. Seit zwei Jahren sitzt der palästinensische Gewerkschafter und Sozialist Mahmoud Masarwa in einem israelischen Gefängnis. Als Gegner sowohl des Terrorismus gegen Juden als auch des diplomatischen Kuhhandels mit reaktionären Ölscheichs hat Mahmoud versucht, jüdische und arabische Arbeiter im Kampf für demokratische Rechte und Sozialismus gegen die israelische Regierung zu vereinen. Das ist sein wahres „Verbrechen“.

Solch eine Einheit der Arbeiter würde das Ende der Herrschaft des israelischen Statthalters der USA bedeuten. Aber nur ein sozialistisches Israel/Palästina könnte den Boden und den Reichtum unter beiden Völkern gerecht verteilen und die demokratischen und nationalen Rechte beider garantieren.

In einem kraß manipulierten politischen Schauprozess wurde Mahmoud wegen „Terrorismus und Spionage“ verurteilt. Die konkrete Beschuldigung: Er habe eine Reihe Bäume hinter seinem Betrieb niedergebrannt!



Abgeordnete, Parteien aus der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften aus mehreren Ländern haben protestiert. Leiste auch Du Deinen Beitrag dazu. Mahmoud leidet unter unerträglichen Umständen: Er muß kämpfen um sein Recht, Briefe, Literatur und Besuche zu empfangen usw. Schreibt Protestbriefe an die israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2. Schickt hiervon Kopien an uns: Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Andreas Paqué, Oranienstraße 165, 5000 Köln 91. (Achtung! Adresse ist neu!)



Armenküche in Warschau.

Seite Zehn

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Zum Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“

Mit 12,8% Zustimmung führte das Volksbegehren zu einem beachtlichen Ergebnis. Das Konzept, das auf Müllvermeidung statt auf -verbrennung setzt, wird von der SPD im Landtag nicht unterstützt. Was die SPD-Führung bezwecken will, verstehe ich nicht. Gerade vor den bayerischen Landtagswahlen sollte man doch verstärkt in die Opposition gehen. Oder spekulieren die Oberen auf eine große Koalition in Bayern?

Die Jungsozialisten im Unterbezirk Passau unterstützten das Volksbegehren. Die Infostände in den verschiedenen Dörfern unseres Landkreises waren von der Bevölkerung sehr angenommen worden. Desweiteren durften wir in allen Geschäften und Kneipen Juso-Flugblätter auslegen bzw. ans Schaufenster anbringen. Für mich war das eine positive Überraschung, denn gerade Geschäftsleute sind nicht gerade auf Juso-Linie. Es ist traurig, daß der Juso-Unterbezirk München nicht zum Volksbegehren aufgerufen hat. Ehemalige Jusomitglieder aus dem Unterbezirk Passau, die leider wegen der fehlenden Arbeitsplätze nach München gehen mußten, tun sich in München schwer, bei den Jusos mitzumischen. Entweder man muß richtig nach ihnen suchen, oder es sind nur Theoretiker.

In der Gemeinde Salzweg erreichten wir beim Volksbegehren z.B. 15,5%. Ein Erfolg der Jusos.

Christian Meier, Salzweg
Mitgl. im Juso-UB-Vorstand Passau

Leserbrief zum Artikel über die Anti-218-Demonstration von VORAN Nr. 122, Juli/August 1990. (In diesem Fall kann ich Euch nicht mit Genossinnen/Genossen anreden, also...)

Hallo VORAN,

Ich stelle bei der Diskussion um den 218 immer wieder fest, daß es den vermeintlichen FrauenrechtlerInnen („Im Zuge der Emanzipation - weg mit dem 218!“) anscheinend nur um ihre Selbstbestimmung geht. Wie in dem Artikel dargestellt wurde, sehen die meisten Frauen nur die Konfrontation mit der Gesellschaft, die sie zur Austragung des Kindes zwingen will, und ihnen damit das Recht der freien Entscheidung abspricht. Dabei reden sie nur leider an

der eigentlichen Sache vorbei - nämlich an der Tötung eines ungeborenen Kindes. Eine wirkliche Begründung für den Straftat (Art. 1, GG „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“) kann mir keine(r) geben. Straftat insofern, als daß der Fötus kein körpereigenes Organ der Mutter ist, sie also kein Recht hat, ihn zu töten.

Ich gehe davon aus, daß die Entscheidung zur Abtreibung vielmehr von dem sozialen Umfeld abhängt. Die von Gudrun Hamacher (DGB-Vorstand) aufgezeigten Misere wie Wohnungsnot, der Mangel an Kindergarten- und Hortplätzen sowie die niedrigen Löhne und ungeschützten Arbeitsverhältnisse der Frauen (wobei ich deren Argumente nachvollziehen kann) müssen in klare Forderungen umgewandelt werden. Das heißt: Einrichtung von Sozialwohnungen, Schaffung von Kindergarten- und Hortplätzen, Lohnangleichung, Teilzeitarbeitsplätze sowie gesicherte Arbeitsverträge. Diese Forderungen müssen an erster Stelle stehen, nicht die Abschaffung eines Paragraphen. Denn ich hoffe, es ist unser erstes Anliegen, die Abtreibungszahlen zu senken. Sollte eine soziale Gesellschaft, wie wir sie fordern, nicht in erster Linie dafür kämpfen, daß kein einziges Kind mehr stirbt???

In der Hoffnung, daß einige von Euch so denken wie ich,
Julia Büdenbender, Wilnsdorf

Moderner Schuldturm?

Liebe Genossinnen und Genossen, in der BRD gibt es seit mehreren Jahren einen Wirtschaftsaufschwung. Die Reichen sind dabei immer reicher geworden. Gleichzeitig hat aber auch die Armut in unserem Land zugenommen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist gestiegen. Wie ist so etwas möglich? Im Kapitalismus führen viele Wege ins Elend, einen davon will ich hier beschreiben.

Die Verschuldung der Konsumenten hat sich nach dem 2. Weltkrieg vervielfacht. Allein seit 1980 ist die Verschuldung mit Ratenkrediten von 136 auf über 200 Mrd. DM angestiegen. Jeder zweite Haushalt hat mindestens einen Ratenkredit mit einer durchschnittlichen Belastung von 300 DM im Monat. Diese Entwicklung liegt völlig im Inter-

esse der Kapitalisten!

Die industriellen Kapitalisten können mehr Waren absetzen und die Banken kassieren Zinsen. Daher ermutigen sie die Arbeiter (sie nehmen 60% der Teilzahlungskredite auf!), sich bis an die Grenzen der Belastbarkeit zu verschulden. Das bedeutet, daß sie die Kredite nur zurückzahlen können, wenn „nichts dazwischenkommt“. Aber dafür gibt es in unserer Gesellschaft keine Garantie: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle oder Ehescheidungen, in zunehmendem Maße auch Mieterhöhungen, führen dazu, daß die Zinsen und Tilgungen nicht mehr bezahlt werden können.

Mittlerweile dienen ein Drittel der Kredite der Umschuldung. Für diese neuen Kredite müssen noch höhere Zinsen gezahlt werden (meist über 20%), so daß die Betroffenen in einen Teufelskreis der Verschuldung geraten. Dazu kommen dann Verzugszinsen, Mahngebühren, Kosten für Gerichtsvollzieher. Lohnpfändungen sind oft die Ursache für Kündigungen. Häufig zerstört diese Belastung die Familie, letztlich die ganze Existenz. Die Situation ist für viele tatsächlich so hoffnungslos wie in einem mittelalterlichen Schuldturm.

Wenn der Einzelne also kaum etwas tun kann, was können die Vielen tun, was kann die organisierte Arbeiterbewegung tun? Natürlich müssen wir für Verbesserungen der Stellung der Schuldner den Banken gegenüber kämpfen. Aber wir müssen uns im Klaren sein, daß es sich hier nicht um einen Auswuchs des Kapitalismus handelt, nicht um die Gier einzelner Bankiers. Banken und Industrie sind aufs Engste miteinander verflochten. Jeder Versuch, die Ausbeutung der Lohnabhängigen durch die Banken einzuschränken, wird auf den geballten Widerstand auch der Unternehmer stoßen.

Verbesserungen, die über Kosmetik hinausgehen, lassen sich deshalb nicht mit reformistischen Mitteln, die nur die Symptome des Kapitalismus kurieren wollen, erreichen. Davor müßten erst die Unternehmer von den abhängig Beschäftigten entmachteter werden. Aber wenn die Arbeiterbewegung das geschafft hat, wird sie sich wohl kaum mit einer Bankenreform begnügen, sondern (auch um ihren Sieg abzusichern) die Banken verstaatlichen. Überhaupt wird sie sich nicht mit einer Reform des Kapitalismus begnügen können, sondern die sozialistische Transformation der Gesellschaft in Angriff nehmen müssen, um das Erreichte nicht wieder zu verlieren.

Wenn Marxisten die Verstaatlichung der Banken fordern, wird ihnen oft Dogmatismus oder Verstaatlichungsfetischismus vorgeworfen. Diese Forderung ergibt sich aber nicht aus einem Dogma, sondern aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung. Zu großer „Respekt“ vor der Bank von Frankreich war einer der Hauptgründe für das Scheitern der Pariser Kommune von 1871. Nach Francos Putsch in Spanien 1936 haben die katalonischen Arbeiter die Betriebe übernommen, aber der Bourgeoisie den Staatsapparat und die Banken gelassen. Mit diesen beiden Hebeln (und der Unterstützung von Reformisten und Stalinisten) konnten die katalonischen Unternehmer die Macht zurückerobern.

Marxisten wollen nicht alles verstaatlichen. Aber die Verstaatlichung der Banken ist gerade ein Mittel, um kleinere Betriebe durch die Kreditpolitik in den Sozialismus zu integrieren, ohne sie zu verstaatlichen.

Wolfram Klein
Juso aus Stuttgart

Liebe Genossinnen und Genossen, In den Tiefen des „undogmatischen, reformistischen“ Bezirks Hessen Süd, der sich selbst als einen der fortschrittlichsten SPD- und Juso-Bezirke in der BRD-SPD bezeichnet, gibt es auch andere politische Töne als die, die nur eine „sozial abgefederte Politik“ oder eine „ökologische Marktwirtschaft“ fordern. Dies wurde bei unseren Veranstaltungen, die wir zur Anti-Poll-Tax-Bewegung in Großbritannien durch-

führten, deutlich.

Nach unseren Referaten über Hintergrund und Charakter der Poll-Tax und der Anti-Poll-Tax-Federation kamen wir bei der Diskussion über die Wirtschaftslage in Großbritannien auf generelle Probleme des Kapitalismus. Hier zeigte sich ganz klar, daß der Kapitalismus es selbst in entwickelten Staaten wie GB nicht schafft, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Umweltzerstörung sind an der Tagesordnung. In der Umgebung britischer Großstädte entstehen Slums, in den sich die Armen und „Rechtslosen“ finden. Gewerkschaften werden entrechtet, Gesundheitsdienste verkommen zum Luxus der Wohlhabenden. Wenn Mensch sich diese Zustände vorstellt, denkt er an die sogenannte „3. Welt“, jedoch nicht an eine der führenden Industrienationen der westlichen Welt.

Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen in der DDR und des „gesunden und normalen“ Arbeitslosenstamms von offiziell ca. 1,9 Millionen in der BRD, des Heeres von Wohnungssuchenden und den reaktionären „Reformen“ der Kohl-Regierung ist es nur eine Frage der Zeit, bis die „britischen Zustände“ auch Deutschland erreicht haben.

Gerade jetzt brauchen wir eine starke, marxistische SPD, die die Probleme an der Wurzel packt und endlich Schluß macht mit dem Gerede von sozialer und ökologischer Marktwirtschaft.

Kai Schwardt
Juso aus Michelstadt

Kampffonds
Spendet für einen
sozialistischen Wahlkampf

Der Wahlkampf zur gesamtdeutschen Wahl hat begonnen. Alle Parteien rüsten dazu auf, auch die SPD. In letzter Zeit erhielten viele Genossinnen und Genossen Briefe, in denen sie zu einer Wahlkampfspende aufgerufen wurden. Es ist zu begrüßen, daß die Schatzmeister der Partei sich wieder auf ihre historischen Wurzeln besinnen, nämlich die Lohnabhängigen, die die organisierte Arbeiterbewegung stellen. Die SPD darf sich nicht vor den Karren großer Unternehmen und Kapitalgeber spannen lassen - denn „wes' Brot ich eß', des' Lied ich sing'“!

Allerdings bietet die SPD-Führung noch keine echte Alternative zur Politik Kohls und Lambsdorffs. Deshalb ist es umso dringlicher, die sozialistischen Ideen, die VORAN vertritt, als Antwort auf die Sorgen vieler Arbeiter und Jugendlicher in Deutschland, Ost und West, verstärkt in diesem Wahlkampf zu verbreiten. Das geht nur, wenn uns mehr Geld für redaktionelle Recherchen, grafische Arbeiten und schließlich für den Druck von Zeitung und Flugblättern zur Verfügung steht. Das Geld kann ja nur von unseren Lesern kommen, deren Interessen wir mit unseren Forderungen unterstützen.

Mit 9830,58 erreichten wir im Juni das bisher beste Ergebnis seit Bestehen der Zeitung. Große Summen über Spendensammeln unter Arbeitern und in der Bewegung zu sammeln ist also möglich! Allerdings sackten die KF-Einnahmen im Juli aufgrund der Urlaubszeit leider drastisch auf 4500 DM wieder ab. Somit beträgt der Kampffonds z.Zt. 48.011,03 DM.

Doch im Wahlkampferbst werden unseren Lesern alle möglichen Chancen geboten, das Juni-Ergebnis wiederholt zu erreichen. Abgesehen von der Einigungsproblematik bleiben große Aufgaben wie Wohnungs- und Kindergartennotstand, die Massenarbeitslosigkeit und Asylantenpolitik, ungelöst. Auch international zeigt die Golfkrise, daß die Welt alles andere als in bester Ordnung ist. Wieder einmal wird deutlich, daß nur die Unternehmen und Banken an Kriegen verdienen - die klei-

nen Leute müssen immer dafür bezahlen.

Viele Jugendliche sind bereit, VORAN auch finanziell zu unterstützen, gerade auch heute, wo deutlich wird, daß wir weiter für eine klare Alternative zum bestehenden System eintreten. So spendete Markus, ein Bankangestellter und Juso aus Hamburg, 6,90 DM. Erwin Heuser, Leiter der Getränkeabteilung eines Supermarktes in Köln, vereinbarte ein Förderabo für 100 DM! Abos sind ein guter Ansatzpunkt, um nach Spenden zu fragen.

Wir appellieren weiter an Euch: Verkauft bei jeder Gelegenheit die Zeitung und denkt immer daran, nach einer Spende zu fragen, damit wir dafür sorgen können, daß sozialistische Ideen in diesem historischen Wahlkampf ihren berechtigten Platz finden!

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied

Ziel

3. Quartal
Juli, August,
September

30.000,-

5.842,-

Stand:
21.8.1990

Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

ihr da oben . . .

„Stimmt so“

Ein Bericht

„Zivildienst machen Sie? - Ich hab' ja Hochachtung vor diesen jungen Leuten. Eine wichtige Tätigkeit angesichts des Pflegenotstandes, aber für mich wäre das nichts.“

Ich habe dem Fahrgast auf seine Frage hin erzählt, daß ich ZDL bin und nur nebenher Taxi fahre. „Soziale Berufe sind was für Idealisten - aber ohne Perspektive. Wenig Lohn, keine Aufstiegsmöglichkeiten.“

Der macht mich neugierig auf den Beruf mit Perspektiven. Der Fahrgast trägt einen teuren Anzug. Das Fahrtziel, wo ein Zimmer so viel kostet wie zwei Etagen Jugendherberge. Daher meine Frage: „Und was machen Sie so beruflich?“ Er sei Bonner Journalist beim Arbeitgeberverband und schreibe für die FAZ und das Handelsblatt, das Parkhotel sei seine

Stuttgarter Residenz.

Aha, der Klassenfeind sitzt im Auto, die Gelegenheit. „Na, was denken Sie, wie geht's weiter mit der DDR?“ - „Ach wissen Sie, das wird alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Die Gewerkschaften übertreiben mal wieder. Die Arbeitslosigkeit wird sich bei 800.000 einpendeln. Bis zum Jahresende wird wohl etwa 28% der Industrie dichtgemacht werden - aber wir haben das im Griff. Der Aufschwung in der Bundesrepublik ist stabil. Hätte uns die deutsche Einheit 1979 oder 1982 getroffen, wäre ich mir nicht so sicher. Gehören Sie zur politischen Linken?“

„Ja, ich bin in der IG Metall und bei den Jusos.“ - „Gewerkschaft ist gut, da sollten Sie sich weiter engagieren. Ich bin mit Gewerkschaften immer gut ausgekommen. Aber Jusos, das ist vertane Zeit.“

„Haben Sie eigentlich keine Angst - so aus der Sicht des Arbeitgebers, daß sich die Arbeiterklasse in der DDR gegen Arbeitslosigkeit, künftigen Mietwucher usw. wehren wird?“ - „Sie meinen so etwas wie eine Revolution, um in ihrer Sprache zu sprechen. Nein, das ist vorbei. Die 90er



Jahre werden geprägt sein von großen Koalitionen und sozialem Frieden. Später wird auch investiert werden, aber erstmal müssen Länderstrukturen und die deutsche Einheit geschaffen werden. Aber es war richtig erfrischend, sich mit Ihnen zu unterhalten.

Als Journalist sitzt man in einem Glashaus - kaum Kontakte zum einfachen Mann. Parkhotel 25,80 DM - 30 Mark, stimmt so.“

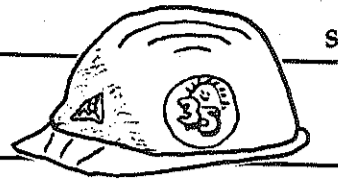
Und jetzt noch
das Allerletzte

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sagte im Juli: „Wenn Milch weggeschüttet wird, ist das ein Zeichen von Unfähigkeit derer, die an den Schalthebeln sitzen. Sie müssen auf der Stelle entlassen werden.“ Auf Wiedersehen, Ignaz, kann man da nur sagen, endlich sieht es mal einer ein und tritt ab. Aber leider meinte Ignaz nicht die EG und die BRD-Landwirtschaft, sondern die DDR.



. . . . wir hier unten

Aus Betrieb und Gewerkschaft



Situation in der Röntgenabteilung im Krankenhaus Arbeiten bis zum Umfallen

Über den Pflegedienst in den Krankenhäusern ist in der letzten Zeit viel berichtet worden. Man erfährt dagegen weniger über den Mangel an Arbeitskräften in den Funktionsbereichen (Röntgen und Labor). Deshalb möchte ich von meinen eigenen Erfahrungen im Krankenhausdienst berichten.

Die Funktionsbereiche müssen 24 Stunden besetzt sein, damit die medizinische Versorgung aller gewährleistet ist. Durch die große Fluktuation, bedingt zum einen durch Schwangerschaften (da diese Berufe immer noch sogenannte Frauenberufe sind), zum anderen auch durch Frustration angesichts der Arbeitsstunden, sind diese Bereiche, vor allem die Röntgenabteilung, ständig unterbesetzt.

Damit beginnt das Dilemma einer medizinisch-technischen-radiologischen Assistentin (MTRA), das sich in der Röntgenabteilung, in der ich arbeite, so äußert: Sieben Assistentinnen müssen 30 Bereitschaftsdienste unter sich auf-

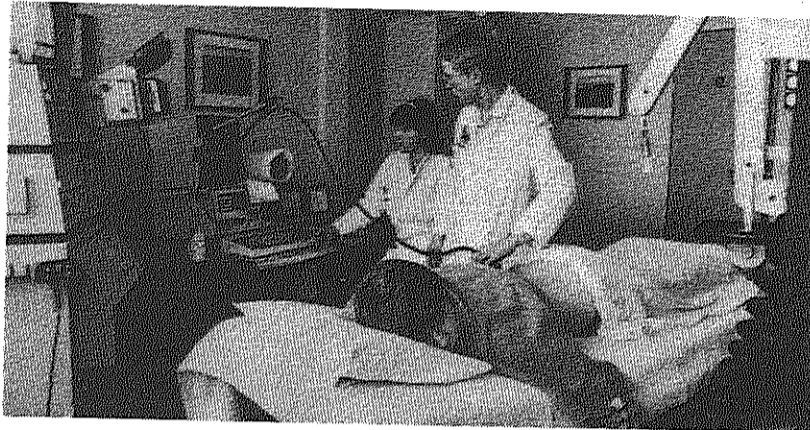
teilen. Bereitschaftsdienst bedeutet an den Wochenenden und Feiertagen 24 Stunden lang die anfallende Arbeit zu verrichten, an den Wochentagen nach einem achtstündigen Arbeitstag noch einmal 16 Stunden Dienst zu tun. Bereitschaftsdienst ist 24-Stunden-Dienst - schon bei günstiger Patientenzahl und voller Anzahl der Beschäftigten ein untragbarer Zustand.

Krankwerden kann man sich kaum noch leisten

Da jedoch nie alle Arbeitskräfte da sind (Urlaub, Krankheit), beläuft sich die Anzahl der monatlichen Bereitschaftsdienste auf sechs bis acht für je-

de MTRA. Es kann auch vorkommen, daß sie nach dem vorangegangenen Dienst noch nicht nach Hause gehen kann, sondern nochmal vier bis acht Stunden arbeiten muß.

Daß wir seit Monaten zwei offene Planstellen haben, frustriert doppelt. Unser Krankenhaus ist jedoch kein Einzelfall. Viele Häuser suchen MTRAs. Dem Arbeitsmarkt stehen jedoch nicht



In den Krankenhäusern fehlt es in allen Bereichen an Personal.

so viele zur Verfügung. Zum einen wegen der enormen Belastung, die auf eine MTRA zukommt, zum anderen an der zu geringen Zahl von MTRA-Schülerinnen. So werden z.B. in Aachen nur zwölf MTRAs pro Jahr ausgebildet, obwohl es mehr als 200 Bewerber gibt. Grund für diese geringe Zahl sind die hohen Ausbildungskosten, die vom Staat getragen werden. Die wenigen Privatschulen, die es gibt, sind so teuer, daß es sich kein Arbeiter leisten kann, seine Kinder dort lernen zu lassen.

Wenn die Regierung weiterhin über 50 Mrd. des Bundeshaushaltes pro Jahr in die Rüstung steckt, anstatt in die Förderung von Arbeitsplätzen im Krankendienst, dann kann es sich bald niemand mehr leisten, krank zu werden. Eine optimale und weitgehend fehlerfreie Behandlung kann dann niemand mehr garantieren. Die Ärzte, MTRAs, Krankenpfleger sind total überarbeitet.

Da hilft es dieser Regierung auch nicht, von den Mißständen in der BRD abzulenken, indem sie auf die in der DDR hinweist.

Andrea Eßer, Aachen
Jungsozialistin

Zur Situation der Bahn Im Herbst Vereinigung der Eisenbahner-Gewerkschaften Ost und West

Bereits im Juni nahm sich Jürgen Speigl, Bezirksleiter Stuttgart der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GDED) Zeit für ein Gespräch zur aktuellen Situation bei der Bahn.

Zwar wurden in den letzten Jahren in einigen Großstädten S-Bahnstrecken gebaut, und derzeit werden viele Milliarden in Schnellbahnstrecken investiert (z.B. Mannheim-Stuttgart: 3,75 Mrd. DM). Neue IC- und Interregio-Züge werden eingeführt - und dennoch: In den letzten zehn Jahren hat die Bahn 100.000 Arbeitsplätze abgebaut (auf jetzt 237.000) und wollte eigentlich so weitermachen. Doch es geht nicht mehr: Wegen akutem Personalmangel wurden dieses Jahr bereits rund 6000 zusätzliche Stellen genehmigt. Ein Rückzug von der Abbaupolitik?

Ist dies ein Hoffnungsschimmer, so gibt's noch einiges, was manchem Gewerkschafter Sorgen bereitet: zum einen die Privatisierungspolitik. Es gibt

augenblicklich Versuche, einzelne Bereiche der Bahn auszugliedern wie z.B. Werkstätten und Instandsetzungsabteilungen. Zum anderen verurteilt die Gewerkschaft den Rückzug aus der Bedienung der Fläche durch den Schienenverkehr. Das Ersatzkonzept mit LKWs statt mit dem Zug, wo es sich nicht lohnt, bedeutet langfristig einen Rückzug vom Markt. Private übernehmen das Geschäft. Im Bahnverkehr häuften sich auch '90 die Unregelmäßigkeiten. Wer die Personalsituation kennt, weiß warum: Allein in Stuttgart fehlen 600-800 Mitarbeiter. Speigl: „Jetzt brauchen wir Leute: Lokführer, Zugbegleiter, Lade- und Rangierpersonal.“

Doch die Anforderungen sind hoch: Schicht- und Wechseldienst und echte Knochenarbeit sowie Überstunden überfordern viele Arbeiter. Die GDED hat 1989 zwar die 38,5 - Stundenwoche durchgesetzt, aber was nützt es bei dieser Personalnot? Derzeit herrscht Frie-

denpflicht bis Herbst 1991, doch es laufen Verhandlungen über die Erhöhung der allgemeinen Zulagen und Strukturmaßnahmen. Die GDED ist traditionell gut organisiert: 80% der Beschäftigten sind in der Gewerkschaft, bei den Azubis sogar 98%.

Die DDR-Reichsbahn transportierte bis vor kurzem 80% aller Güter des Landes. „Die Verhältnisse in der DDR entsprechen in etwa dem Stand der BRD in den sechziger Jahren, bevor durch massiven Autobahnbau der Verkehr Richtung Straße gelenkt wurde.“ (Der Spiegel, 25/1990)

Reichsbahn-Sorgen

Doch der völlig abgewirtschaftete Zustand aller Anlagen würde 100 Mrd. DM notwendig machen, um den DDR-Schienenverkehr auf Westniveau zu heben. Bei den Straßen sieht es ähnlich aus: 2000 km Autobahnfahrbahnen müssen total saniert werden und 30%

aller Landstraßen. Das macht mindestens 60 Mrd. DM. Jetzt ist die Frage: Wo wird vor allem saniert? Die Bundesregierung hat sie schon Anfang 1990 beantwortet: Während der Bahn 20 Millionen für Lückenschließungen zugesprochen wurden, waren es für den Straßenbau sofort 90 Mio. DM.

Auf die Ex-Reichsbahner kommen harte Zeiten zu. Im Frühjahr gründeten sie eine neue Gewerkschaft, die GDE. 60-70% der Bahner zahlen Beitrag.

Zusammenschluß

Auf einem Vereinigungskongreß vom 23.-25.10.1990 wollen sich Ost- und West-Eisenbahner zusammenschließen. Die Gewerkschaft wächst damit in eine neue Dimension, was insgesamt gut ist, weil dadurch die Kampfkraft gestärkt wird und versuchter Spaltung zwischen Ost- und West-Kollegen entgegengewirkt wird. Die künftigen Aufgaben liegen auf der Hand:

Kampf um die Arbeitsplätze und gegen die Verdrängung der Bahn vom Markt. Jürgen Speigl: „Die Politik muß Vorkehrungen treffen, die der Bahn schwere Lasten über lange Strecken gibt. Die Wettbewerbsbedingungen insgesamt realistisch gestalten: Der Bahn den Fahrweg bezahlen. Nutzung der Schienen gegen Gebühr.“ Außerdem muß die Bahn von den Altschulden befreit werden. Dagegen steht allerdings Zimmermanns (Bundesverkehrsminister) Wort vom Dezember 1989: „Keine Fahrwegübernahme“. Im übrigen fordern die Gewerkschafter eine Änderung des Bundesbahngesetzes, damit im Verwaltungsrat der Bahn mit 20 Leuten nicht nur 5 Eisenbahner sitzen.

Insgesamt muß jedoch endlich eine neue Politik in die Praxis umgesetzt werden: Die Bahn muß wieder Verkehrsträger Nr. 1 werden.

Otto Wanner, Stuttgart
Jungsozialist

Köln: Aktiver Betriebsrat wurde kaltgestellt Entlassung zurücknehmen

Die „soziale Marktwirtschaft“ soll für die arbeitenden Menschen das Beste sein, was es jemals gab, so sagen es uns Kohl und Lambsdorff. Jakob Meindorf aus Köln kann darüber nur lachen. Er hat jetzt erfahren, wie „sozial“ unser Wirtschaftssystem ist.

Damit ein Betriebsrat seinen Pflichten nachkommen kann, genießt er normalerweise einen verstärkten Kündigungsschutz bis ein Jahr nach Ende seiner Amtsperiode. Wie man diesen Kündigungsschutz umgeht, hat Jakob Meindorf (HBV- und SPD-Mitglied) erfahren.

Nach einem Streik gegen die verlängerten Ladenöffnungszeiten kam Jakob in den Betriebsrat und wurde dort Vorsitzender. Er bemühte sich, die Interessen der Kollegen in seinem Betrieb zu vertreten, in dem heuern und feuern durch „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“ (Kapovaz) und Zeitarbeitsverträge leicht ist.

Als Kollegen aus dem Betriebsrat den Betrieb verließen, veränderten sich dort die Mehrheitsverhältnisse. Jakob wurde als Vorsitzender abgewählt und

die neue Betriebsratsmehrheit stimmte wenig später sogar seiner fristlosen Kündigung zu - ein Skandal! In der schriftlichen Kündigung wurde kein Kündigungsgrund angeführt. Der mußte durch eine gerichtliche Anhörung erfragt werden. Dort erklärte die Geschäftsleitung, Jakob hätte gesagt, daß er gegen den Betrieb arbeiten würde, was Jakob bestreitet.

Während Jakob sein Recht jetzt mit Unterstützung der HBV durch die Ge-



richte erstreiten muß, ist er als Betriebsrat zur Freude der Geschäftsleitung erst einmal ausgeschaltet. Jakobs Kollegen sind davon betroffen. Der Betriebsrat, der ohne jede Verpflichtung der Kündigung zugestimmt hat, bleibt drei weitere Jahre im Amt. Die HBV fragt in einem Flugblatt an die Kollegen, was diese vom bestehenden Betriebsrat noch erwarten können.

Die meisten Beschäftigten haben Zeitarbeitsverträge oder arbeiten auf Abruf (Kapovaz). So können sie sich nur schwer gegen Mißstände wie zunehmende Arbeitshetze wehren. Kollegen, die sich beschweren, wird der Arbeitsvertrag nicht verlängert oder die Stundenzahl so verringert, daß sie freiwillig gehen. Kapovaz müßte verboten und die Zeitarbeitsverhältnisse wo immer möglich in unbefristete umgewandelt werden, um die Lage der Beschäftigten zu verbessern. Aber erst wenn sich diese gewerkschaftlich organisieren, werden sie ihre Interessen im Betrieb vertreten können.

Jetzt geht es darum, Jakobs Rechte zu verteidigen. Dieser Kampf ist stellvertretend für die Rechte der Kollegen in diesem Betrieb.

Karin Hartmann, Köln
Jungsozialistin und HBV-Mitglied

Bundesbahn Woher kommt das Defizit?

„Sicher kennen Sie die falsche Meinung, die Bundesbahn sei ein Wirtschaftsunternehmen und keine Einrichtung für das Gemeinwohl. Diese Fehleinschätzung führte von 1957 bis 1983 zur Teilstillegung von 3017 km Streckennetz und zur Einstellung des Personenverkehrs auf 6431 km.“

„Zugleich wurden in der BRD seit 1950 über 140.000 km neue Straßen, davon allein über 5000 km neue Autobahnen gebaut. Im Gegensatz dazu wurden ganze 12 km neue Eisenbahnstrecken und rund 200 km S-Bahnstrecken errichtet. Investitionen für Straßenbau (Fern- und Bundesstraßen): 216 Mrd. DM; Bundesbahninvestitionen: 16 Mrd. DM.“

„Das Hauptdefizit entsteht bei der Bahn durch die ihr übertragene

staatliche Aufgabe. Im Gegensatz zu anderen Verkehrsmitteln wie Auto, Schiff oder Flugzeug, erscheinen die Kosten für den Fahrweg in der Bilanz der Bahn. Wäre dies nicht der Fall, so hätte sie im Jahre 1983 einen Gewinn von 2,2 Mrd. DM erzielt! Aber welche Wettbewerbsnachteile hat die Bahn zu tragen?

- Schuldendienst für den Wiederaufbau des zerstörten Streckennetzes nach dem 2. Weltkrieg.

- Keine Rückzahlung der nach '33 für den Autobahnbau abgezogenen Mittel aus dem Vermögen der Bahn.

- Pensionszahlungen sogar auch für Beschäftigte aus dem ehemaligen Bereich der gesamten Deutschen Reichsbahn (5 Mrd. DM pro Jahr).

(Aus einem Flugblatt der GDED von 1987.)

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

Bedeutung der PDS
Seite 2
Krise am Golf
Seiten 6 und 7

Nahost-Krise als Alibi für aggressive NATO

Nein zum Militarismus!

Einsatz der Bundeswehr verhindern!

Der Nahost-Konflikt hat eine intensive Diskussion über einen Einsatz der Bundeswehr am Golf ausgelöst. Die Golf-Krise kam für die westlichen Regierungen gerade richtig, um nach dem Abbau des einen Feindbildes ein anderes zu errichten - das des „grausamen Diktators“ Saddam Hussein.

Denn die Zugehörigkeit der BRD zur NATO, die Verschwendung von zig Milliarden DM jährlich, von hochtechnisierten Produktionskapazitäten und qualifizierten Wissenschaftlern für die Entwicklung, Erforschung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen wurde bisher wesentlich mit der Existenz der Warschauer-Pakt-Staaten begründet. Während jetzt der Warschauer-Pakt auseinanderfällt und Gorbatschow die DDR in den NATO-Bereich „entläßt“, ist in NATO-Kreisen von Abbau oder Auflösung keine Rede.

Die westlichen Krokodilstränen über

Husseins Überfall sind reine Heuchelei, denn erst mit westlicher - auch bundesdeutscher - Technologie konnte Saddam Hussein überhaupt eine moderne Armee aufbauen.

Je mehr das Alibi der „Bedrohung aus dem Osten“ entfällt, umso mehr wird jetzt eine „Bedrohung westlicher Lebensart“ durch „Tyranen in der „3. Welt“ entdeckt. Die BRD (bzw. Deutschland), die sich bisher in der Weltpolitik eher zurückgehalten hat, bereitet sich darauf vor, auch politisch und militärisch wieder eine größere

Rolle zu spielen.

Da in der BRD und vor allem auch in der DDR die Sehnsucht nach Frieden, Abrüstung und Abschaffung der Militärblöcke sehr groß ist, versucht die Kohl-Regierung im jetzt beginnenden

Die 90er Jahre werden nicht als Jahrzehnt des Friedens in die Geschichte eingehen. In weiten Teilen der Erde, für einen großen Teil der Menschheit hat es der weltbeherrschende Kapitalismus nicht geschafft, auch nur die elementarsten Probleme zu lösen. Die früheren imperialistischen Kolonialherren haben in oft durch künstliche Grenzziehungen

zitäten auf Umweltschutz, Wohnungsbau und andere dringende Aufgaben eintreten. Jede Annäherung an die Kohl-Regierung muß unterbleiben.

Im Golfkonflikt geht es um die wirtschaftlichen Interessen der westlichen Industrieländer, nicht um „Menschenrechte“. Es sind die großen Konzerne dieser Länder, die sich ihre Profite in

Dafür kämpft VORAN

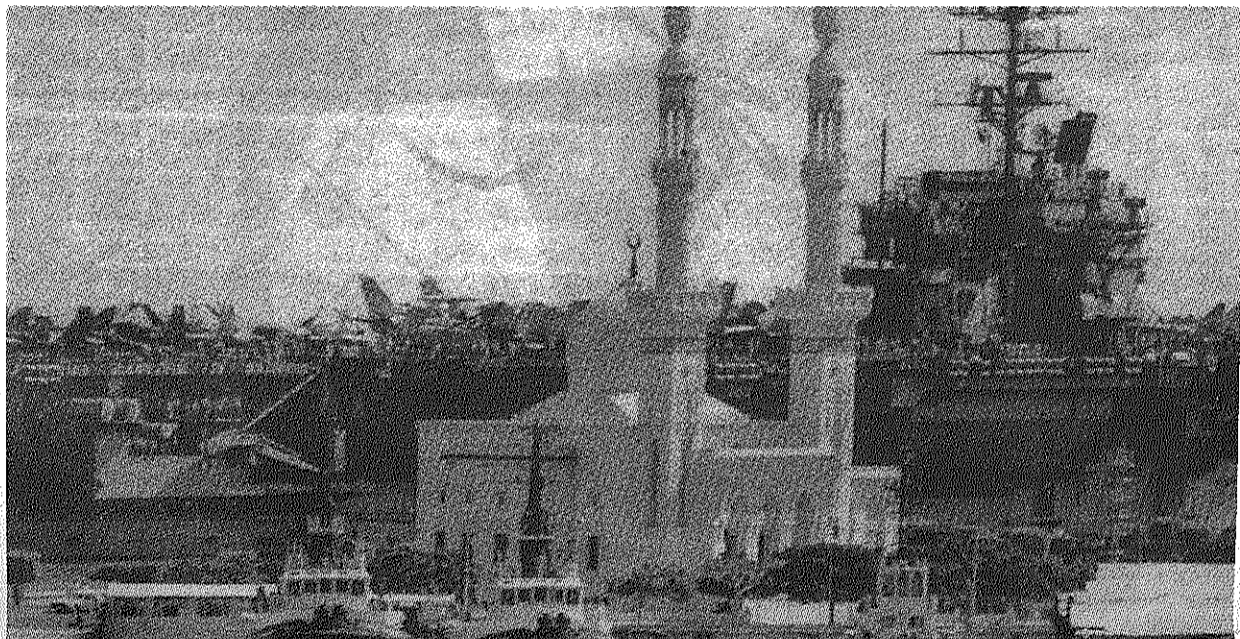
- × Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- × Auflösung der Bundeswehr. Dabei garantierte Arbeitsplätze für alle ehemaligen Soldaten in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen. Die eingesparten Summen werden für Verbesserungen der Lebensbedingungen der Bevölkerung gebraucht.
- × Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierter Entzettelung für die Beschäftigten.
- × Garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM für alle ab 18.
- × Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- × Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen.
- × Keinite Unterordnung der SPD-

regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.

× Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Keine Privatisierung staatlicher Betriebe. Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

× Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

× Für eine SPD-Alleinregierung, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.



US-Aufmarsch im Nahen Osten.

Wahlkampf mit Wehrzeitverkürzung und einigen kosmetischen Einsparungen diese Stimmung aufzufangen. Eine wirklich drastische Einsparung am Rüstungsetat findet nicht statt.

Doch alle bisherige „Abrüstung“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß vorwiegend ältere Waffensysteme verschrottet wurden, während die Entwicklung neuer Systeme ungehindert weitergeht.

Die NATO ist ein Zweckbündnis zur Verteidigung kapitalistischer Interessen und Einflußzonen. Während sich die NATO-Länder über einzelne Diktatoren empören, die ihnen die Ölpreise erhöhen wollen, verschweigen sie elegant, daß Polizei- und Militärdiktaturen wie in Portugal (1926-74), Griechenland (1967-74) und der Türkei (ab 1980) ihren festen Platz im NATO-Bündnis hatten.

und eine Politik des „Teile und Herrsche“ ein Chaos hinterlassen. Dies alles ist die Keimzelle für soziale Spannungen, Bürgerkriege und Kriege.

Gerade jetzt müssen SPD und Gewerkschaften jeden Schritt in Richtung direkter oder indirekter Kriegseinsatz der Bundeswehr verhindern. Sie müssen für radikale Abrüstung und eine Umorientierung der Gelder und Kapa-

der ganzen Welt sichern wollen. Frieden und Wohlstand für alle Menschen können deshalb nur dann gesichert werden, wenn die Schalthebel wirtschaftlicher Macht, die Großkonzerne, Banken und Versicherungen von der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
SPD-Mitglied

Kindertagesstätten in Stuttgart Jusos auf Seite der Eltern und Beschäftigten

Eltern, die für ihre Kinder keinen Platz in einer Kindertagesstätte bekommen haben, finden sich zu einer Demo zusammen. Oberbürgermeister Rommel wird auf einer Bürgerversammlung vor allem mit der Situation der KiTas konfrontiert. Fast jeden Tag findet man in den Stuttgarter Zeitungen Meldungen, die das wichtige Thema KiTa betreffen.

Der Jugendwohlfahrtsausschuß des Gemeinderates wurde bei der Behandlung des Themas von 150 Leuten und massiv von Kindern „besucht“. Ihre Parolen lauteten: „KiTa statt IGA“ (IGA ist die „Internationale Gartenbauausstellung“), „Hat's keinen Platz im Kindergarten, muß der Boß auf Mutti warten“.

Die Parteien sahen das KiTa-Problem folgendermaßen, z.B. die FDP: Das Problem sind nicht nur fehlende Räume, sondern auch die Arbeitsbedingun-

gen der Erzieher(innen). Die Gewerkschaften sollten doch mal für höhere Löhne sorgen(!).

Der Rep sagte nur zwei Sätze: Für jedes deutsche Kind ist ein Kindergartenplatz nötig. Ein Volk darf seinen Nachwuchs nicht vernachlässigen, sonst geht es unter. (Die Frage wäre: und die nichtdeutschen Kinder?) Die CDU sagte dazu: Das Thema ist zu wichtig und sollte deshalb vertagt werden, damit es in der Fraktion behandelt werden kann. So wurde die Sitzung verschoben und zwar bis nach den Ferien.

Jusos aktiv

Die Jusos hatten zu dem Thema KiTa eine Veranstaltung mit Teilnehmerinnen des Berliner KiTa-Streiks gemacht. Auch wenn der Erfolg nicht weltbewegend war, so haben wir doch Kontakte zur ÖTV herstellen können.

Die Stuttgarter Jusos arbeiteten bei einem Antrag des SPD-Kreisvorstandes für die Kreiskonferenz mit. Dort konnten wir dann einige Änderungsanträge durchbringen wie z.B. unsere Forderung nach Mindestlohn für Beschäftigte in KiTas von 2000 DM netto und Verkleinerung der Tagheimguppen auf zwölf Kinder bei gleichbleibendem Stellungserschluß.

Unsere Erfahrung in Stuttgart zeigt, daß bisher vor allem Eltern aktiv sind, aber noch nicht die Beschäftigten im KiTa-Bereich. Das liegt aber eher an der ÖTV-Führung, die die Beschäftigten bremsen. Eigentlich ist das Kampfpotential vorhanden. Auf einer Veranstaltung der ÖTV für KiTa-Beschäftigte kamen knapp 400 z.T. stocksauere Beschäftigte.

Es finden aber im September zwei Veranstaltungen der ÖTV zum Thema KiTa statt. Die Jusos werden teilnehmen. Während der Tarifverhandlungen im Herbst wollen wir die Beschäftigten aktiv in ihrem Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen unterstützen.

Luise Jahnke, Stuttgart
Jungsozialistin

SPD-Parteitagbeschuß von 1988 zum Einsatz der Bundeswehr Gegen jede Operation außerhalb des NATO-Gebietes

SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine und andere zeigen zunehmend Bereitschaft, eine Grundgesetz-Änderung mitzutragen, die den Bundeswehreinsatz im Rahmen der UNO ermöglichen soll. Dies verstößt eindeutig gegen den erklärten Willen der Partei.

Im Vorfeld des Münsteraner Parteitages 1988 hatte die Kohl-Regierung schon einmal versucht, das Operationsfeld der Bundeswehr auszuweiten. Auch damals ging es im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und der Verlagerung von US-Schiffen aus dem Mittelmeer in den Golf darum, deutsche Schiffe ins Mittelmeer zu entsenden. Dies geht die Schwelle für einen weitergehenden Einsatz senken.

Die SPD-Bundestagsfraktion vertrat die Ansicht, daß für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes eine Grundgesetz-Änderung nötig sei, was die Bundesregierung damals bestritt. Die SPD-Fraktion war jedoch gewillt, über eine GG-Änderung für Einsätze unter UNO-Flagge mit sich reden zu lassen. In diese damals aktuellen Debatte griff der Parteitag mit der Verabschiedung eines

Initiativantrages ein, durch den die Fraktion zurückgepfiffen wurde. Die entscheidende Passage des Parteitagbeschlusses lautet:

„Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. Die SPD wird sich jedem Versuch widersetzen, den bisher in dieser Frage bestehenden Konsens aller Parteien und Regierungen in Frage zu stellen. Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab.“

Über den letzten Satz, mit dem auch ein UNO-Einsatz abgelehnt wird, gab es eine längere Debatte auf dem Parteitag, in der u.a. Voigt, Gansel, Bahr die Möglichkeit der Verfassungsänderung offenhalten wollten und für die Streichung dieses Satzes eintraten. Der Satz wurde aber in einer gesonderten Abstimmung von der Mehrheit der Delegierten ausdrücklich beschlossen.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin